

# **STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL**



**der 02. Sitzung der**

**XXI. Gesetzgebungsperiode**

**des**

**Burgenländischen Landtages**

**Mittwoch, 15. Juli 2015**

**11.04 Uhr - 13.38 Uhr**

## **Tagesordnung**

1. Regierungserklärung des Landeshauptmannes Hans Niessl
2. Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse

## Inhalt

### Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 45)

### Landesregierung

Regierungserklärung des Landeshauptmannes Hans N i e s s l (S. 46)

Debatte über die Regierungserklärung

Redner: Manfred K ö l l y (S. 59), Mag.a Regina P e t r i k (S. 64 und 80), Gerhard K o v a s i t s (S. 68), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 70), Robert H e r g o v i c h (S. 73), Gerhard S t e i e r (S. 76), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 77) und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 78).

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 45)

### Ausschüsse

Wahl des Hauptausschusses, des Agrarausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses, des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses, des Petitionsausschusses, des Rechtsausschusses, des Sozialausschusses, des Umweltausschusses und des Wirtschaftsausschusses (S. 80)

### **Beginn der Sitzung: 11 Uhr 04 Minuten**

**Präsident Christian Illedits:** Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich willkommen heißen zur 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Ich eröffne die Sitzung.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 1. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

### **Mitteilung des Einlaufes**

**Präsident Christian Illedits:** Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Kilian Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

**Schriftführer Kilian Brandstätter:** Einlauf für die 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Mittwoch, dem 15. Juli 2015.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird (Zahl 21 - 2) (Beilage 2);

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden (Zahl 21 - 3) (Beilage 3);
2. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Abänderung der Bestimmung des Kraftfahrzeuggesetzes dahingehend, dass die im Straßenverkehr gültige 3:2-Zählregel im Bereich der Personenbeförderung künftig entfällt und somit jedes Kind als eine Person zu zählen ist (Zahl 21 - 4) (Beilage 4);
3. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend Änderung des Klubstatus (Zahl 21 - 5) (Beilage 5);

und die

Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Mag. Kurt Maczek gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz (Zahl 21 - 1) (Beilage 1);  
eingelangt.

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Schriftführer. Meine Damen und Herren! Die Zuweisung dieser Vorlagen werde ich nach der Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

### **1. Punkt: Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes**

**Präsident Christian Illedits:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes.

Gemäß Artikel 45 Abs. 1 L-VG hat die Landesregierung am Beginn ihrer Funktionsperiode eine Regierungserklärung abzugeben, die insbesondere die Schwerpunkte der künftigen Regierungsarbeit zu enthalten hat.

In Entsprechung dieser Bestimmung erteile ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl zur Abgabe der Regierungserklärung das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Danke für die Worterteilung. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist für mich eine große Freude und auch Ehre, dass ich heute als Landeshauptmann nach den Jahren 2000, 2005, 2010 bereits zum vierten Mal eine Regierungserklärung über das grundlegende Programm und die Ziele der Landesregierung für die kommenden fünf Jahre abgeben darf.

Die im Jahr 2014 beschlossene Novelle der Burgenländischen Landesverfassung enthält unter anderem die Abschaffung des Proporz bei der Bildung der Landesregierung, womit es für die jetzige Legislaturperiode erstmals im Burgenland eine freie Koalitionsbildung gibt. Unsere Landesverfassung zählt zu den modernsten in Österreich.

Wir haben auf 38 Seiten ein sehr umfassendes Arbeitsübereinkommen mit der FPÖ beschlossen. Auf dieser Grundlage wollen wir nun in den nächsten fünf Jahren in vielen Bereichen unser Heimatland Burgenland weiter positiv entwickeln.

Die SPÖ Burgenland und die FPÖ Burgenland gehen für die 21. Legislaturperiode eine Koalition ein, um das vereinbarte Arbeitsübereinkommen zum Wohle des Landes Burgenland und im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer zu verwirklichen.

Als Landeshauptmann lege ich besonderen Wert auf ein nachhaltiges und auch über diese Koalition hinausgehendes Zusammenarbeiten. Die Grundvoraussetzung hierfür ist auch in der neuen Gesetzgebungsperiode gegeben. Die neue SPÖ-FPÖ-Regierung hat 20 Mandate im Burgenländischen Landtag und wurde letzte Woche von 22 Mandatären gewählt.

Dieses Vertrauen über die beiden Koalitionsparteien hinaus wollen wir natürlich auch rechtfertigen.

Wenn ich die letzten 15 Jahre Revue passieren lasse, dann können wir gemeinsam stolz darauf sein, wie sich unser Heimatland Burgenland entwickelt hat. Das Burgenland war einst Schlusslicht, heute nimmt es in vielen Bereichen eine Spitzenposition ein.

Das zeigt die Entwicklung von Wirtschaft und Tourismus, des Natur- und Umweltschutzes mit der Nutzung erneuerbarer Energie. Das Burgenland hat ein hochwertiges Sozial- und Gesundheitswesen. Die sehr aktive Vereins- und Freiwilligenarbeit steht für Zusammenhalt und Lebensqualität. Das Burgenland ist auch das sicherste Bundesland Österreichs. Wer kulturelle Vielfalt sucht, der findet sie im Burgenland.

Und das Burgenland ist heute das Bildungsland Nummer 1, wir haben - umgelegt auf die Zahl der Einwohner - die meisten Maturanten, sind an der Spitze der Kinderbetreuung. Bei den Lehrlingen, bei der Ausbildung junger Menschen liegen wir ebenfalls ganz vorne. Es wurde im Burgenland viel Positives geschaffen, aber wir haben noch sehr viel vor!

Die Mehrsprachigkeit im Land, die gelebte kulturelle Vielfalt, Toleranz und gegenseitiger Respekt im Umgang miteinander - das sind ganz wichtige Bestandteile der burgenländischen Identität, die wir uns auch für die Zukunft bewahren werden.

Es ist für die neue Landesregierung und für mich als Landeshauptmann selbstverständlich, dass wir uns zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt des Landes bekennen, dass die Volksgruppen des Landes so wie in der Vergangenheit unterstützt und gefördert werden.

Für die neue Regierung ist er klar und eine feste ideologische Grundeinstellung, dass wir extremistische Positionen, sei es Rechtsextremismus als auch Linksextremismus sowie religiösen Fanatismus beziehungsweise Fundamentalismus strikt ablehnen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist keine Übertreibung, wenn ich behaupte: Das Burgenland wurde vom Ziel 1-Land in manchen Bereichen zur Nummer 1 in Österreich.

Dieser Aufstieg ist ein gemeinsamer Erfolg aller Burgenländerinnen und Burgenländer, aller Frauen und Männer in diesem Land. Ich hege keinerlei Zweifel, ich bin von ganzem Herzen davon überzeugt: Gemeinsam können wir auch die Zukunft des Burgenlandes erfolgreich gestalten!

Die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft sind enorm. Aber wir sollten nicht nur die Größe der Herausforderungen und Aufgaben, sondern auch das Ausmaß der Chancen erkennen. Wir sollten als kleinstes Bundesland Österreichs Wert darauf legen, dass wir in unseren Gestaltungsbereichen moderner, effizienter, bürgernäher und schneller sind als andere.

Das Burgenland ist ein Musterbeispiel dafür, dass auch Kleine Großes leisten können. Wir werden daher versuchen, in den nächsten fünf Jahren nicht nur moderner, effizienter, bürgernäher und schneller zu werden. Das Burgenland wird auch gleichzeitig durch neue schlankere Strukturen transparenter werden.

Um unseren Zielen gerecht zu werden, haben wir grundlegende strukturelle Änderungen in der Einteilung der burgenländischen Geschäftsordnung vorgenommen.

Inhaltliche Schwerpunkte werden in Schwerpunktressorts zusammengefasst. Hierbei handelt es sich um eine grundlegende Änderung der bisherigen Arbeitsweise in der Burgenländischen Landesregierung. Im Bereich der Bildung waren in der letzten Gesetzgebungsperiode vier Regierungsmitglieder in jeweiligen Detailbereichen zuständig. Jetzt gibt es nur mehr ein Regierungsmitglied, welches klar mit den Bildungskompetenzen beauftragt ist.

Auch für die wichtigen Zukunftsressorts Wirtschaft, Tourismus, Umwelt und Jugend wird ab jetzt nur mehr jeweils ein Regierungsmitglied verantwortlich sein. Ganz nach dem Motto: Klare Kompetenzen, rasche Entscheidungen sind gut für die Menschen in unserem Land. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dasselbe Prinzip wird auch für unsere Landesbeteiligungen gelten. Über 150 Beteiligungen des Landes werden in Zukunft effizienter, transparenter und moderner geführt.

Die Koalitionspartner bekennen sich selbstverständlich und verantwortungsvoll zu stabilen Finanzen. Es wird auch regelmäßig eine renommierte und anerkannte Ratingagentur beauftragt, die wirtschaftliche Situation des Landes zu beurteilen. Wir streben ein ausgeglichenes Budget in der Legislaturperiode an. Die Kriterien des Stabilitätspakts und die Maastricht-Kriterien müssen und werden auch erfüllt werden.

Ein ausgeglichenes Budget und gleichzeitig sinnvolle und verantwortungsvolle Investitionen in die Zukunft des Landes sind das Fundament einer erfolgreichen und gestaltungsvollen Politik bis zum Jahr 2020. Finanzlandesrat Helmut Bieler und die gesamte Landesregierung bekennen sich zu diesem Weg! Ganz nach dem Motto: Landesmittel wirksam einsetzen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wurde in den letzten Tagen öfters gefragt: Wie ist es, wenn man als Landeshauptmann in die vierte Amtsperiode geht? Zudem in Form einer neuen Koalition?

Ich kann nur sinngemäß immer etwas Ähnliches sagen: Natürlich ist es anders als bisher. Aber vieles ist anders. Wenn man sich in Europa umsieht, wird man relativ schnell bemerken, dass die Zeit des gemütlichen politischen Schaukelstuhls, die Zeit der absoluten Mehrheiten und die Zeit der parteipolitischen Standardsätze, um die Menschen zu beruhigen, endgültig vorbei sind. In vielen Bereichen gibt es einen Paradigmenwechsel, auch europaweit, und in der Politik findet dieser Paradigmenwechsel jetzt statt.

Von der Politik beziehungsweise von uns verantwortlichen Politikerinnen und Politikern wird mehr verlangt denn je. Und das zu recht.

Das Vertrauen, das die Menschen in uns setzen, ist geliehen. Die Menschen werden uns an unseren Leistungen für das Land messen und beurteilen. Das macht Politik spannend, das macht Politik natürlich auch herausfordernd, aber das macht Politik vor allem fair.

Es wird nämlich Leistung verlangt und beinhart danach beurteilt, wer wie seinen Job macht. Und unser Job ist völlig klar. Das Beste für die Menschen in unserem Land herauszuholen.

Ich gehe daher mit großer Motivation an die Arbeit, ich will mit Herzblut und großem Engagement gemeinsam mit meinem Team und dem Koalitionspartner, mit vollem Einsatz für das Burgenland arbeiten. Und ich versichere Ihnen, dass wir mit ganzem Einsatz gemeinsam für unser Heimatland Burgenland arbeiten und das werden wir auch mit Sicherheit in diesen fünf Jahren halten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich sage auch dazu, dass mir die Meinung auch anderer, die hier im Landtag vertreten sind, wichtig ist, dass wir gerne Diskussionen mit den Vertretern aller im Landtag vertretenen Parteien führen werden und dass wir versuchen werden, auch gute Anregungen aufzunehmen, zu diskutieren und zu prüfen, inwieweit sie auch umsetzbar sind.

Es geht aber nicht nur um die Vertreter der hier im Landtag vertretenen Parteien, um die Mandatare, der hier im Landtag vertretenen Parteien, sondern wir werden auch Gespräche mit den Sozialpartnern führen, den Vertretern der Arbeitnehmer, der Wirtschaft, der Industrie, aber auch der Gewerkschaft. Gemeinsam mit den Burgenländerinnen und Burgenländern werden wir für unser Heimatland hart arbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! SPÖ und FPÖ haben für die kommenden fünf Jahre ein Arbeitsübereinkommen unterzeichnet. Damit verbunden ist das klare Bekenntnis zu einer neuen Form der Zusammenarbeit.

Ich werde meine Kraft dafür einsetzen, dass im Burgenland das Gemeinsame vor das Trennende gestellt wird, dass am Ende der Diskussion eine Lösung steht, die im Interesse des Burgenlandes ist. Ein gemeinsames erfolgreiches Arbeiten für das Burgenland. Einzig und allein darum geht es.

Wir stehen vor sehr großen Herausforderungen. Nachdem wir die Folgen der internationalen Finanzkrise besser bewältigt haben im Burgenland als andere Bundesländer, müssen wir jetzt dafür sorgen, dass diese Krise endgültig überwunden werden kann. Gefragt sind weitere Impulse zur Belebung der Konjunktur, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Gleichzeitig sind wir in den nächsten Jahren - ebenso wie die Gemeinden - mit sinkenden Einnahmen aus dem Finanzausgleich konfrontiert. Zudem werden wir durch die mit 1.1.2016 in Kraft tretende Steuerreform zirka 30 Millionen Euro an Einnahmen für den Landeshaushalt verlieren. Wir werden also Einsparungen vor allem durch den Abbau von Parallelstrukturen, Zusammenlegen von Abteilungen vornehmen, gleichzeitig an anderer Stelle aber auch die notwendigen Gelder für nachhaltige Investitionen zur Verfügung stellen.

Daher ist im Regierungsübereinkommen festgeschrieben, und wir bekennen uns ausdrücklich dazu, dass wir den eingeschlagenen Weg der Budgetkonsolidierung weiter strikt verfolgen. Wir wollen den Weg einer soliden und verantwortungsvollen Budgetpolitik fortsetzen.

Der Ungleichbehandlung der vor allem kleinstrukturierten burgenländischen Gemeinden beim Finanzhaushalt muss entgegengetreten werden. Für die Landesregierung gilt der Grundsatz, dass alle Menschen in Österreich gleich viel wert sind. Hierfür werden wir uns auch bei den Finanzausgleichsverhandlungen vehement einsetzen, und ich freue mich auch, dass es hier einen Schulterschluss mit dem Gemeindebund, mit dem Gemeindevertreterverband und mit dem Land Burgenland gibt, damit wir gemeinsam auch als Land Burgenland stark auftreten können und für unsere Gemeinden und für das Land auch einen besseren Finanzausgleich erreichen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Seit mehreren Jahren sind wir europaweit damit beschäftigt, eine Wirtschafts- und Finanzkrise in den Griff zu bekommen. Die aktuellen Ereignisse in der EURO-Zone - und wir lesen ja täglich darüber - rund um Griechenland zeigen uns wieder einmal schonungslos, dass die Krise nicht überstanden ist.

Die Auswirkungen sind natürlich auch in Österreich und im Burgenland klar zu erkennen. So lange die Arbeitslosigkeit steigt, ist die Krise für uns nicht beendet. Wir müssen leider ein bisher nicht vorhandenes Phänomen feststellen, nämlich dass einerseits die Beschäftigung steigt und dass aber parallel dazu auch die Arbeitslosigkeit ansteigt. Das haben wir in der Vergangenheit nicht gesehen und das hat es auch in der Vergangenheit nicht gegeben. Monat für Monat verzeichnen wir neue

Rekordbeschäftigungszahlen, aber leider auch steigende Arbeitslosigkeit. In unserem Arbeitsübereinkommen haben wir konkrete Maßnahmen angeführt, wie wir die Rahmenbedingungen verändern und adaptieren können, um besser auf diese negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, auf dieses Phänomen, das es noch nie gegeben hat, reagieren zu können.

Wir wollen 1.000 neue Arbeitsplätze im Burgenland schaffen und wir sind auch in diesem Jahr planmäßig unterwegs, weil es Monat für Monat diese 1.000 Arbeitsplätze neu auch tatsächlich gibt. Aber wir wollen durch verschiedene Maßnahmen auch mehr Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung bringen.

Wir haben uns gemeinsam mit der FPÖ geeinigt, ein 12 Punkte-Wirtschaftsprogramm zu forcieren, um mehr Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung zu bringen. Für Tourismus und Wirtschaft wird MMag. Alexander Petschnig zuständig sein, und ich darf einige dieser 12 Punkte auch anführen, die wir berücksichtigen werden und die er berücksichtigen wird.

Wichtig ist, soweit wir das auch rechtlich können, ein Bürokratieabbau im Rahmen der geltenden Bundes- und Landesgesetze, wobei hingewiesen werden muss, dass 85 Prozent dieser Gesetze Bundesgesetze sind, aber dass wir hier auch einen noch stärkeren Beitrag leisten können, das ist auch möglich.

Diese 1.000 neuen Arbeitsplätze sollen auch netto durch gute Förderungen, die wir ja zur Verfügung haben, und auch durch eine hoch qualitätsorientierte Beratung geschaffen werden. Die Rahmenbedingungen müssen passen.

Lohn- und Sozialdumping soll stärker bekämpft werden.

Die Initiative „Wir bauen burgenländisch“ auch ausgebaut werden.

Die Änderung des Baugesetzes in Richtung Kompetenz des Bauführers soll beschlossen werden.

Die Anwendung des Bestbieter-Prinzips, hier wollen wir ebenfalls einen neuen Weg gehen. Da wurden schon einige gute Vorarbeiten geleistet, aber darauf müssen wir aufbauen, damit die burgenländische Wirtschaft und damit die burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fairere Chancen haben. Faire Arbeitsvergaben durch das Bestbieter-Prinzip.

Angewandte Forschung und Innovation soll gefördert werden.

Und wir brauchen auch die Stärkung der Qualitätsmarke Burgenland.

Wir müssen den Wirtschaftsstandort Burgenland stärken: Aktiv Betriebsansiedelungen fördern, Grundstücksflächen vermarkten und Marketing für den Wirtschaftsstandort Burgenland auch verstärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden Punkt für Punkt dieses 12 Punkte-Wirtschaftsprogrammes auch umsetzen, damit unser ganz großes Ziel, und ich sehe das als eine der Hauptaufgaben unserer Politik, Menschen in Beschäftigung haben, dass mehr Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung kommen, ganz nach dem Motto „Arbeit und Geld sollen im eigenen Land bleiben“, denn das schafft eine Wertschöpfung, das schafft Wohlstand und dazu stehen wir. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich denke, wir können wirklich gute Rahmenbedingungen bieten. Bis zum Jahr 2020 stehen uns von Seiten der Europäischen Union, dem Bund und dem Land in Summe 750 Millionen Euro an Förderungen zur Verfügung. Das Burgenland gilt seit dem Jahr

1995, dem Beitritt Österreichs zur EU, als europäische Musterregion - die Fördergelder aus Brüssel wurden mustergültig und auch nachhaltig abgeholt und eingesetzt. Viele grenzüberschreitende Projekte und Investitionen werden wir mit unseren Nachbarländern und auch Partnern, Ungarn, Slowakei und Slowenien, in den nächsten fünf Jahren umsetzen. Das ist auch wichtig, denn in diesen fünf Jahren haben wir noch gute Fördermöglichkeiten auch bei grenzüberschreitenden Projekten von Seiten der Europäischen Union. Deswegen sind wir auch verpflichtet, diese fünf Jahre intensiv zu nützen, weil durch diese hohen Förderungen auch Projekte leichter realisierbar sind.

Mit Gesamtförderungen und Investitionen von 2,7 Milliarden Euro wollen wir vor allem die Arbeitslosigkeit senken und neue Arbeitsplätze im Burgenland schaffen. 600 Millionen Euro sollen in den nächsten fünf Jahren für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt werden. Der Ausbau der S7 ist im Gange, der Ausbau der A4 ist auf Schiene, die Verlängerung der S31 ist schon voll in Bau. Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in den Schulbau, sind einige Beispiele dieser hohen Investitionen. In den nächsten fünf Jahren gibt es mit diesen 2,7 Milliarden Euro Investitionen die höchsten Gesamtinvestitionen in die Infrastruktur in der Geschichte des Landes und das ist ein ganz ein wichtiger und großer wirtschaftlicher Impuls auch im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren! Wir wollen aber auch die Frauenerwerbsquote in den nächsten Jahren weiter steigern. In den letzten 15 Jahren ist die Frauenerwerbsquote im Burgenland auf über 70 Prozent gestiegen. Wir brauchen bessere Jobs für Frauen, die Chancen für Frauen am Arbeitsmarkt sollen weiter erhöht werden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll auch in Zukunft verbessert und ausgebaut werden. Das ist die Voraussetzung, um die Frauenbeschäftigungsquote weiter anzuheben. Auch daran werden wir arbeiten.

Wir haben sehr viele gut ausgebildete junge Männer und Frauen im Burgenland, Facharbeiter, Lehrlinge, Ingenieure, Studierende an den Fachhochschulen, die für die Zukunft des Landes stehen.

Am 1. Juli konnte ich im Lisztzentrum in Raiding die Maturantinnen und Maturanten empfangen, die heuer mit ausgezeichnetem Erfolg bestanden haben. Es waren wieder über 250, die ohne Probleme, ja mit Auszeichnung auch die Zentralmatura geschafft haben!

Es ist immer beeindruckend für mich, mit wie viel Eifer und Engagement, aber auch Verantwortungsbewusstsein diese junge Menschen ihr Leben in die Hand nehmen und gestalten, große Zukunftspläne entwickeln, eine klare Vorstellung vom Leben haben.

Daher wollen wir der Jugend, den jungen Männern und Frauen im Land, die besten Möglichkeiten und moderne Arbeitsplätze bieten.

Jeder Jugendliche im Burgenland muss die Chance auf einen Lehr-, Ausbildungs- oder Studienplatz haben. Eine Ausbildungspflicht muss im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen. Wenn die Wirtschaft zu wenige Lehrlinge ausbildet, wird auch in Zukunft die öffentliche Hand Lehrlinge ausbilden, auch heuer werden über 1.000 junge Menschen durch das Land und AMS eine Ausbildung erhalten.

Noch niemals gab es im Burgenland so gut ausgebildete Lehrlinge, Facharbeiter, aber auch Maturanten. Auch heuer werden über 1.000 junge Menschen durch das Land und AMS eine Ausbildung erhalten.

Noch niemals gab es im Burgenland so gut ausgebildete Lehrlinge, Facharbeiter aber auch Maturanten. Wir wollen, dass alle jungen Männer und Frauen eine Zukunftschance erhalten. Wir lassen im Burgenland keinen Jugendlichen zurück! Auch das ist ein ganz wichtiges Ziel dieser neuen Koalition im Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir wollen und werden unsere Vorreiterrolle im Bildungsbereich nicht nur sichern, sondern weiter ausbauen. Das Burgenland ist heute das Bildungsland Nummer 1. Mit Kärnten haben wir gemeinsam die höchste Maturantenquote. Die Maturantenquote ist ein Indikator für die Entwicklung eines Landes.

Es kann keine hochentwickelte Gesellschaft ohne ein hohes Bildungsniveau geben! Wir bekennen uns zu einer effizienten Gestaltung der burgenländischen Schulverwaltung. Dazu zählt die Beibehaltung des Gratiskindergartens - gemeinsam mit den Gemeinden. Eine moderne Bildungsdirektion mit schlanken Strukturen anstelle des Landesschulrates, die Beibehaltung der wohnortnahen Schulen entsprechend den Indikatoren des burgenländischen Pflichtschulgesetzes, der Ausbau der Schulautonomie, der weitere Ausbau ganztägiger Schulformen auf bedarfsorientierter und freiwilliger Basis sowie eine Neustrukturierung der Schülerinternate und Schülerheime.

Die Vernetzung der Fachhochschulen mit Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung ist weiterhin zu forcieren und auszubauen. Ein zentraler Schwerpunkt wird in Zukunft bei technischen und sozialen Berufen an unseren Fachhochschulen liegen. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich nicht nur zur strukturellen Weiterentwicklung unseres Bildungssystems, sondern im Rahmen des burgenländischen Kindergarten- und Schulbauprogramms auch zur Vornahme der notwendigen Sanierungs- und Baumaßnahmen an unseren Schulen, um die besten Rahmenbedingungen für unsere Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen.

Hohe Investitionen wird es auch in die Modernisierung unserer Berufsschulen geben. Der Ausbau der Berufsschulen Pinkafeld und Eisenstadt wird auch in Zukunft die beste Facharbeiterausbildung ermöglichen. Gestern erfolgte der Spatenstich der HTL in Eisenstadt. 47 Millionen Euro werden hier von Seiten des Bundes investiert. Das Land Burgenland hat die Bauabwicklung übernommen.

Damit konnte endlich der jahrelange Stillstand beendet werden. Mehr denn je gilt: Bildung bildet Menschen, Bildung bildet Chancen, Bildung bildet Zukunft und genau deswegen wird es auch ein Schwerpunkt in den nächsten Jahren sein, unser Bildungssystem Schritt für Schritt der Zeit anzupassen, zu verbessern und im nationalen und internationalen Vergleich auch einen Spitzenplatz einzunehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sicherheit hat für die Burgenländerinnen und Burgenländer einen sehr hohen Stellenwert. Das Burgenland ist das sicherste Bundesland. Damit das aber so bleibt, müssen wir auch in Zukunft enorme Anstrengungen im Sicherheitsbereich unternehmen. Effektive Sicherheitsstrukturen sind hier von ganz großer Bedeutung. Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz wird verantwortlich sein für den Sicherheitsbereich. Gerade im Bereich der Sicherheit wird sich zeigen, dass die Kompetenzvereinfachung in der Burgenländischen Landesregierung vor allem den Burgenländerinnen und Burgenländern zu Gute kommen wird. Klare Kompetenzen heißt rasche Entscheidungen und gerade im Bereich der Sicherheit ist das die Grundlage und das Fundament einer funktionierenden Politik.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zu einer vor allem in personeller Hinsicht entsprechend ausgestatteten Exekutive. Wichtige Säulen der

burgenländischen Sicherheitsstrukturen sind auch die Feuerwehren und Rettungsorganisationen. Ihr Einsatz wie etwa im Katastrophenfall beruht zum überwiegenden Teil auf Freiwilligkeit und ist gesellschaftspolitisch von unschätzbarem Wert. Die gewissenhaft erarbeitete Sicherheits-Polizze, sprich Einsatzorganisationen sind zwischen zehn und 15 Minuten am Einsatzort, wird weiter verbessert. Schnell helfen heißt Leben retten. Dieser Grundsatz gilt in Zukunft mehr denn je.

Das Burgenland soll weiterhin das sicherste Bundesland bleiben. Wirtschaftspolizeilich, verkehrspolizeilich und kriminalpolizeilich darf und soll auch an der Grenze kontrolliert werden. Wir werden schnellstmöglich Sicherheitsmodelle für exponierte Gemeinden erarbeiten und zudem soll die Schleierfahndung weiter ausgebaut werden.

Kontrollen direkt an der Grenze haben vor zwei Tagen gezeigt, wie wichtig unsere Forderung ist, Kontrollen direkt an der Grenze durchzuführen. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein hoher Prozentsatz ohne Meldung in Österreich arbeitet und das Lohn- und Sozialdumpinggesetz verletzt wird.

Wir fordern daher häufigere Kontrollen nicht nur wirtschaftspolizeilich, sondern auch verkehrspolizeilich und kriminalpolizeilich. Ich sage auch dazu, diese Kontrollen, die vor zwei Tagen an der Grenze stattgefunden haben und sehr erfolgreich waren, haben wir auch vor den Landtagswahlen in entsprechender Form gefordert. Jetzt wurden sie umgesetzt und das soll auch regelmäßig passieren. Ich denke, dass sowohl die Wirtschaft als auch die ArbeitnehmerInnen durch diese Kontrollen auch geschützt werden und das burgenländische Arbeitsplätze nicht durch Lohn- und Sozialdumping gefährdet werden, ich glaube das ist eine ganz wichtige Maßnahme gewesen, die wir regelmäßig fordern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Freiwilligkeit ist ein Wärmestrom in unserer manchmal kalten Gesellschaft! Daher bekennt sich die Burgenländische Landesregierung auch weiterhin zu deren Unterstützung und Förderung. Wir brauchen die Freiwilligen auch in Zukunft. Erst vor wenigen Tagen konnte ich hunderten Feuerwehrmännern und -frauen bei den Landesfeuerwehrwettkämpfen für ihr großartiges Engagement danken. Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit haben im Burgenland einen hohen Stellenwert! Ehrenamt ist Ehrensache! Dafür stehen die Freiwilligen Feuerwehren und tausende Vereinsmitglieder in unserem Heimatland Burgenland. Vereine, Freiwillige Feuerwehren und Rettungsorganisationen werden auch in Zukunft von der neuen Regierung unterstützt werden. Wir schätzen ihre Leistung und anerkennen ihr Engagement. Sie leisten Unverzichtbares für die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können im Burgenland stolz darauf sein, was sich im Sozial- und Gesundheitswesen in den letzten Jahres positives ereignet hat. Der neu zuständige Landesrat Mag. Norbert Darabos steht vor einer herausfordernden Aufgabe, die er auf der Grundlage des ausverhandelten Arbeitsübereinkommens sicherlich positiv im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer lösen wird.

Das Burgenland hat die niedrigste Armutsgefährdung aller österreichischen Bundesländer. Die Armut im Lande durch wirkungsvolle Maßnahmen zu bekämpfen ist eine zentrale Aufgabe. 468 Millionen Euro, und ich betone das noch einmal, 468 Millionen Euro werden pro Jahr für den Gesundheits- und Sozialbereich verwendet. Das sind 42 Prozent des Gesamtbudgets. Fast jeder zweite Euro aus unserem Budget wird in Zukunft in den Sozial- und Gesundheitsbereich fließen. Wir haben ein Budget von rund 1,1 Milliarden Euro und davon fließen 468 Millionen in den Gesundheits- und Sozialbereich

und das trägt natürlich auch dazu bei, dass wir im Burgenland mit Abstand die niedrigste Armutsgefährdung aller österreichischen Bundesländer haben.

Das burgenländische Gesundheits- und Sozialwesen ist gekennzeichnet von einer qualitativ hoch stehenden medizinischen Versorgung, geprägt von einer verlässlichen Pflegeversorgung. Beste Prävention und Versorgung für die Patientinnen und Patienten ist eine zentrale Säule unserer Gesundheitspolitik. Effizienz, Transparenz und Qualität in allen Bereich sind Garant für die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitssystems.

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan für die ambulanten, teilstationären und stationären Dienste ist - so wie bisher - regelmäßig zu evaluieren. Im Bereich der 24-Stunden-Betreuung sollen mittels Zertifizierung Agenturen geprüft und im Idealfall mit einem Landesgütesiegel ausgezeichnet werden. Es ist ganz wichtig, dass die Qualitätskriterien bei der Pflege eingehalten werden. Wir werden überprüfen, in wie weit wir hier auch ein Landesqualitätssiegel entwerfen können und damit die Menschen die diese Pflege in Anspruch nehmen auch wissen, das ist eine Einrichtung, die auf Qualität setzt, die vom Land auch entsprechend überprüft wird und auch nach Möglichkeit regelmäßig überprüft werden soll.

Die Koalitionspartner unterstreichen die Beibehaltung des Entfalls des Pflegeregresses. Es wird auch Rekordinvestitionen im Sozial- und Gesundheitsbereich geben. Der Fortschritt in der Medizin und die demographische Entwicklung stellen uns vor große Aufgaben und Herausforderungen, die wir zum Wohl unserer Gesellschaft unbedingt bewältigen müssen. Die Burgenländische Landesregierung gibt eine Standortgarantie für die fünf Spitäler im Burgenland ab. Ganz unter dem Motto: Kurze Wege für ein langes Leben! Es ist für uns ganz entscheidend, dass Akutpatienten innerhalb kurzer Zeit in ein Krankenhaus gebracht werden können. Wir haben auch seit zehn Jahren den Rettungshubschrauber im Südburgenland, wo wir ein Jubiläum gefeiert haben und wo auf diesen Erfolg des Rettungshubschraubers hingewiesen wurde, der in diesen zehn Jahren viele Menschenleben gerettet hat. Diese kurzen Wege wird es auch in den nächsten Jahren im Burgenland geben.

Wir werden Krankenanstalten ausbauen, wir werden kooperieren, aber wir werden, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, keine Krankenanstalten schließen. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und den Grünen)*

Wir bekennen uns auch zum Neubau des Krankenhauses Oberwart, welches möglichst nach dem Bestbieter-Prinzip entsprechend vergaberechtskonform ausgeschrieben und mittels Generalunternehmer verwirklicht werden soll. Durch die in der Ausschreibung verankerten Kriterien soll verstärkt die Wertschöpfung im Land bleiben, es soll die Bauwirtschaft belebt werden. Natürlich müssen wir die entsprechenden Ausschreibungskriterien berücksichtigen, gesetzeskonform ausschreiben, aber in nächster Zeit wird auch im Parlament dieses Bestbieterprinzip beschlossen, das auf europäischer Ebene schon festgelegt ist, sodass erstmalig nicht nur der Billigstbieter, sondern auch in diesem Bereich der Bestbieter ausgeschrieben werden kann.

Ich sage auch dazu, eine sehr anspruchsvolle Vorgangsweise, aber wir werden uns bemühen auch bei diesem wirklich großen Projekt nicht mehr dem Billigstbieterprinzip zu folgen, sondern soweit das möglich ist, dem Bestbieterprinzip. Das sind unsere Überlegungen und da werden wir auch mit guten Vergaberechtlern diese Möglichkeiten prüfen und nach Möglichkeit auch umsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bereich des öffentlichen Verkehrs ist auch ein sehr wichtiger Bereich. Unser Leitsatz lautet: Gemeinsam mehr erreichen. Mobilität für alle Burgenländerinnen und Burgenländer - nachhaltig - innovativ und sicher!

Das Land Burgenland verfolgt im Verkehrsbereich jene Ziele weiter, die in der im Jahr 2014 erstellten Gesamtverkehrsstrategie und der im Jahr 2013 erstellten Energiestrategie festgelegt wurden.

Das ist von allen internationalen Experten bestätigt, ein sehr gutes Konzept, das Schritt für Schritt auch umgesetzt werden soll. Dieser Weg der Umsetzung soll auch Schritt für Schritt konsequent fortgesetzt werden. Diese Gesamtverkehrsstrategie wird sowohl im Bereich der Schiene und auch im Bereich der Straße umgesetzt. Wichtige Straßenbauprojekte laufen auf Hochtouren. Die Bahnhofsoffensive wird umgesetzt. 50 Millionen Euro werden in die Modernisierung der Bahnhöfe Neusiedl, Bruckneudorf und Mattersburg investiert. Das sind keine Prestigeprojekte, sondern da geht es vor allem um behindertengerechte Einrichtungen, um mehr Sicherheit im Bahnhofsbereich und Park & Ride-Anlagen, die errichtet werden.

Das trägt zu mehr Qualität für die Pendlerinnen und Pendler bei. Das sind Investitionen, um den öffentlichen Verkehr weiter zu attraktivieren und diesen positiven Trend, den wir im Burgenland haben, weiter zu verstärken. Wir haben einen deutlichen Zuwachs bei unseren Fahrgästen im öffentlichen Verkehr. Das gilt sowohl für die Raaber-Bahn, als auch für die ÖBB und das gilt selbstverständlich auch für unseren Super-Bus im Südburgenland, den G 1-Bus, der von immer mehr Menschen in Anspruch genommen wird, für den wir mittlerweile rund 2,2 Millionen Euro von Seiten des Landes bezahlen.

Verkehrswege sind die Lebensadern der Wirtschaft. Verkehrswege sind die Lebensadern des Burgenlandes und gerade im Straßenbau brauchen wir diese Investitionen, die ich bereits genannt habe von der A4 - S31 Verlängerung bis zur S7.

Ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Personen- und Personennahverkehr ist abzugeben. Ein öffentliches Verkehrssystem mit attraktiven regionalen und lokalen Angeboten setzt aber auch voraus, dass eine Effizienzsteigerung unter Ausbau von Parallelstrukturen erfolgen muss.

Wir wollen bedarfsorientiert den öffentlichen Verkehr organisieren, wir brauchen Bedarfsstudien, um zu wissen, wie viele Menschen nehmen den öffentlichen Verkehr in Anspruch und wir werden nicht nur den Personenverkehr unterstützen, sondern wir werden auch in den Gemeinden auch in Zukunft den lokalen Verkehr fördern und unterstützen.

Es wird in den nächsten fünf Jahren moderne Reisebusse geben, die Qualität des G1 Busses wird weiter verbessert. Es wird in den nächsten fünf Jahren hochmoderne Zugsgarnituren geben, neue Park & Ride-Anlagen und auch eine gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Ungarn soll in den nächsten Jahren einen weiteren Qualitätssprung für unsere Pendlerinnen und Pendler bringen.

Diese Chance, auch gemeinsam mit unseren Nachbarn im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die Eisenbahninfrastruktur weiter zu modernisieren, ist eine große Chance. Gerade die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs ist auch einer der Schwerpunkte, die sich diese neue Regierung zum Ziel gesetzt hat.

Da wird es viele Investitionen geben und wir werden auch die Fahrgäste im öffentlichen Bereich, beim öffentlichen Verkehr mit diesem Angebot weiter steigern können.

Wir sind auf einem guten Weg und wir werden diesen erfolgreichen Weg Schritt für Schritt auch fortsetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Umweltschutz und Klimaschutz sind Themen der Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachhaltigkeit ist das treffende Schlagwort für diese Zuständigkeiten und das Wort Nachhaltigkeit wird vielfach gebraucht. Die Bereiche Umweltschutz, Klimaschutz und Jugend wird das jüngste Regierungsmitglied, Mag. Astrid Eisenkopf, übernehmen. Bei ihr sind die wichtigsten Zukunftsthemen angesiedelt. Noch in der letzten Regierungsperiode waren drei Regierungsmitglieder für den Bereich Umwelt zuständig. Auch hier haben wir die Geschäftsordnung verändert und eine klare Kompetenzverteilung ermöglicht.

Nachhaltige Energiepolitik stellt nicht nur ein Plus für die Umwelt und den Klimaschutz dar, hier ist auch ein enormes Potential für die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Umweltschutz schafft Arbeit! Umweltschutz sorgt für eine gute Zukunft der nächsten Generationen!

Viele reden von Green Jobs, wir haben im Burgenland schon vor Jahren begonnen, Green Jobs zu schaffen und werden diesen Weg in den nächsten fünf Jahren erfolgreich fortsetzen.

Ein wesentlicher Impuls zur Fortsetzung dieser Energiepolitik ist die Forcierung der Windenergie, auch die Forcierung von Photovoltaik und auch in kleinen Bereichen von Biomasse.

Das Burgenland arbeitet bereits seit 2002 mit dem Regionalen Rahmenkonzept für Windkraftanlagen. Das Burgenland ist seit dem Jahr 2013 stromautark. Wir sind in Europa die Nummer 1 bei der Erzeugung von erneuerbarer Energie und decken aktuell mehr als 150 Prozent unseres gesamten Strombedarfs. Also wir befinden uns hier auf einem sehr, sehr hohen Niveau.

Wir werden auch in den nächsten fünf Jahren einen Schwerpunkt im Forschungsbereich im Bereich der erneuerbaren Energien setzen. Green Jobs, regionale Wertschöpfung und Beiträge zum Klimaschutz sind uns wichtig und werden auch ein Schwerpunkt der Politik in den nächsten fünf Jahren sein.

Eine saubere Umwelt, sauberes Wasser, eine intakte Natur, 33 Prozent unserer Landesfläche sind unter Naturschutz gestellt, das ist eine große Herausforderung, der wir uns stellen werden und wir möchten der nächsten Generation unsere Natur und Umwelt im Burgenland in einem noch besseren Zustand übergeben, als das jetzt schon der Fall ist. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und den Grünen)*

Meine Damen und Herren! In der neuen Regierungsperiode wird das Landwirtschaftsressort vom Umweltressort getrennt. Das moderne Burgenland fußt auf der Entwicklung des ländlichen Raums und da steht auch sehr viel Geld zur Verfügung, um auch in Zukunft den ländlichen Raum zu entwickeln.

Um dem Burgenland auch in Zukunft einen Spitzenplatz in Österreich und der Europäischen Union zu sichern, wird in den kommenden Monaten von der zuständigen Landesrätin Verena Dunst ein Masterplan für die Entwicklung des ländlichen Raums erstellt werden.

Die Stärken, aber auch die Schwächen sollen dabei herausgearbeitet und gezielt Schwerpunkte für die Entwicklung festgelegt werden.

Regionale Produkte und die Biolandwirtschaft liefern gesunde Lebensmittel und steigern die regionale Wertschöpfung! Die weitere Entwicklung der Qualitätsmarke Burgenland soll unsere Gäste, aber auch die einheimische Bevölkerung einladen, sich burgenländisch zu ernähren. Burgenländisch zu ernähren, heißt sich gesund zu ernähren.

Das Burgenland als der Gemüsegarten Österreichs, als Land der ausgezeichneten Weine und des besten vitaminreichen Gemüses wird sich in den nächsten fünf Jahren auch in der Landwirtschaft ausgezeichnet entwickeln und viele Impulse setzen.

Regionalität ist Lebensqualität. Höchste Lebensqualität wollen wir den Menschen bieten und das können wir in Zusammenhang mit Landwirtschaft, mit einer intakten Natur, mit regionalen Produkten und genau das werden auch die Schwerpunkte sein, dazu bekennen wir uns und diesen Weg der klein strukturierten bäuerlichen Landwirtschaft, die wir unterstützen werden, das wird der Weg in den nächsten fünf Jahren sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ein wichtiger Bereich, der in den letzten Jahren immer größere Bedeutung bekommen hat, ist der heimische Tourismus. Der Freizeit- und Tourismussektor hat sich zu einer ganz wichtigen Säule der burgenländischen Wirtschaft entwickelt. Die Nächtigungszahlen liegen derzeit bei rund drei Millionen im Jahr. Was aber noch wichtiger als die Nächtigungszahlen ist, das ist die Wertschöpfung. Nächtigungszahlen sind ein Indikator, die Wertschöpfung, die es im Land gibt durch den Tourismus, ist der noch wichtigere Indikator. Wir haben im letzten Jahr eine Wertschöpfung im Burgenland durch den Tourismus von 935 Millionen Euro erzielen können. Das ist einerseits der Nächtigungsgast, das ist andererseits aber auch der Tagesgast.

Damit hat dieser Wirtschaftszweig auch große Bedeutung für den Arbeitsmarkt im Burgenland. Die Nächtigungszahlen sollen weiter gesteigert werden, vor allem soll die regionale Wertschöpfung weiter gesteigert werden, weil regionale Wertschöpfung für Einkommen, für Wohlstand und auch für Beschäftigung sorgt.

Die Internationalisierung des Burgenland Tourismus ist zu forcieren und mit Nachdruck anzustreben. Qualitätssteigerungen in den touristischen Leitbetrieben und den Klein- und Mittelbetrieben sind sowohl im Bereich der Modernisierung, des Aus- und Neubaus und im Bereich der Qualifikation zu fördern und zu unterstützen.

Der neue Tourismus- und Wirtschaftslandesrat wird großen Wert darauf legen, dass die Vernetzung der Schwerpunkte Natur, Kultur, Wein, Kulinarik, Wellness und Sport weiter verstärkt wird. Diese Vernetzungen sind auch sehr wichtig, damit die Verweildauer im Land weiter erhöht wird.

Das neue Tourismusgesetz mit Leben zu erfüllen, nationale und internationale Marketingaktivitäten zu verstärken - das werden wichtige Voraussetzungen in den nächsten Jahren!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Burgenland wollen wir im Einklang mit den Gemeinden weiterhin möglichst auf kleine Einheiten bei der Unterbringung von Asylsuchenden setzen und eine verträgliche Relation zur Bevölkerungsgröße suchen. Damit wird erst ein „Zusammen“ leben möglich und die Akzeptanz seitens der Bevölkerung wahrscheinlicher. Das Beispiel Neudörfel zeigt, dass die Akzeptanz der Bevölkerung durch diese Relation gegeben ist.

Die Koalitionspartner bekennen sich klar zur Art.15a B-VG - Grundversorgungsvereinbarung, hinsichtlich der Unterbringung von Kriegsflüchtlingen.

Die Koalitionspartner unterstützen die Beschlüsse der Landeshauptleutekonferenz und fordern die Frau Bundesministerin für Inneres auf, dass Asylanträge von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten oder von Personen, die ihr Heimatland nur aus wirtschaftlichen Überlegungen verlassen haben, in kürzester Zeit, optimal in zehn Tagen, und in rechtsstaatlich gesicherter Qualität erledigt werden und, dass es hier in kurzer Zeit

auch Entscheidungen gibt, dass Wirtschaftsflüchtlinge nicht die Plätze von Kriegsflüchtlingen einnehmen können.

Eine klare Differenzierung von Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen ist aktueller und notwendiger denn je, denn wir brauchen Plätze für Menschen, die mit dem Tod bedroht sind und wir können natürlich nicht alle Wirtschaftsflüchtlinge in Österreich und im Burgenland aufnehmen.

Der zuständige Landesrat Mag. Norbert Darabos, Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz und ich werden auch am Freitag Caritas, Diakonie, weitere NGO's, Gemeindevertreter, Bezirkshauptleute einladen, um auf Grundlage der LH-Beschlüsse und des Regierungsübereinkommens unseren Beitrag zur Lösung der Asylfrage zu leisten.

Uns ist bewusst, dass wir im Burgenland die europäische, ja globale Asylproblematik nicht isoliert lösen können, daher ist ein gesamteuropäischer Lösungsansatz von den Vertretern der Bundesregierung mit Nachdruck anzustreben. Eine europäische Lösung ist unbedingt notwendig und eine faire Aufteilung auf alle Staaten in Europa.

Aber wir werden uns im Burgenland bemühen, im Rahmen unserer Möglichkeiten in Zusammenarbeit mit den NGO's, Diakonie, Caritas, Gemeindevertretern, Bezirkshauptmannschaften unseren Beitrag zu leisten und kleine Einheiten im Burgenland zu suchen und wir werden erstmalig auch einen neuen Weg gehen und wahrscheinlich einen einzigartigen Weg in Österreich gehen, nämlich dass es Unterstützung von Seiten des Landes für Gemeinden gibt, die im Sinne unseres Koalitionsübereinkommens in kleinen Einheiten auch Asylwerber aufnehmen und ich denke, das ist wieder ein Schritt in die richtige Richtung, der österreichweit einzigartig ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland ist in vielen Bereichen ein Musterbeispiel dafür, dass Kleine Großes leisten können. Das ist bei Kleinbetrieben der Fall, das ist bei kleinen Vereinen der Fall, das ist in kleinen Gemeinden der Fall und das ist auch in manchen Bereichen auf Seiten des Landes der Fall.

Wir werden versuchen, in den nächsten fünf Jahren moderner, effizienter, bürgernäher und schneller zu werden. Das Burgenland wird aber auch durch neue und schlankere Strukturen transparenter werden.

Das Arbeitsübereinkommen zwischen der SPÖ und der FPÖ ist ein gutes und nachhaltiges Fundament für die herausfordernde Arbeit in den nächsten fünf Jahren. Mit wichtigen Investitionen und mit Rekordinvestitionen in die Zukunft und einem ausgeglichenen Haushaltsbudget werden wir die komplexen und vielfältigen Herausforderungen, die auf unser Heimatland Burgenland zukommen, bestmöglich und im Sinne der Menschen lösen.

Es lebe die Republik Österreich, es lebe unser Heimatland Burgenland! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

**Präsident Christian Illiedits:** Danke Herr Landeshauptmann.

Als erstem Redner in der Debatte über die Regierungserklärung erteile ich nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass in der Präsidialkonferenz eine freiwillige Redezeitbeschränkung von 15 Minuten pro Wortmeldung vereinbart wurde.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Manfred Kölly (LBL):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Worte vernehme ich sehr wohl, ich warte auf die Taten. Ich denke, in diesem Land ist vieles neu geworden. Nach dem 31. Mai, nach dem Abschaffen des Proporz, hat sich klar herauskristallisiert, dass es offener in diesem Land wird.

Dass es in diesem Land freier wird und es vielleicht doch Ansätze gibt, um diese Baustellen, die wir seitens der Liste Burgenland immer wieder aufgezeigt haben, auch zu schließen. Ich möchte nicht alles schlechtreden, was in der Vergangenheit war. Auch SPÖ und ÖVP, wenn ich heute dem Herrn Landeshauptmann richtig zugehört habe, er hat ja viel von der Vergangenheit gesprochen, haben etliches bewegt und da muss man auch die ÖVP dazu nehmen. Da fällt mir keine Perle aus der Krone, wenn ich das so sage.

Ich glaube auch, es soll in Zukunft ein gemeinsamer Weg gefunden werden, um allen, die im Landtag vertreten sind, der neuen Konstellation und der neuen Regierung eine Chance zu geben. Aber, wenn ich mir das so anschau, der Applaus kommt dann auch wieder nur von der Regierungspartei, man sollte sich auch einmal für positive Dinge aufraffen.

Für positive Dinge einmal aufraffen und sagen, das ist eine gute Idee. Natürlich eine Regierungserklärung, Herr Landeshauptmann, die höre ich zum dritten Mal in diesem Landtag. Ich bin jetzt drei Perioden herinnen. Ja, viele Dinge werden so von sich gegeben.

Vieles ist nicht umgesetzt geworden. Ich hoffe, dass wir zumindest den Großteil jetzt umsetzen können. (*Zwiesgespräche bei den Abgeordneten der ÖVP*) Herr Kollege Strommer, Sie können sich dann auch zu Wort melden. Das ist nämlich auch kein Problem immer wieder solche Dinge aufzuzeigen.

Ich habe klipp und klar gesagt, wir sind angetreten, in diesem Land für die Menschen zu arbeiten, für die Menschen da zu sein.

Und wenn das Regierungsprogramm in sieben Stunden, oder in drei Stunden, oder in 17 Stunden fertig war und das vielleicht einer geschrieben hat, der vielleicht auch gern etwas geworden wäre oder vielleicht gerne hier sitzen würde, ist es auch nicht schlecht.

Man muss nur punktuell einmal das durchgehen und sagen, wo setzen wir den Hebel an, wo ist es notwendig tatsächlich für unsere Menschen in diesem Land das Bestmögliche heraus zu holen. Denn ich nehme an, dass alle die hier sitzen, in diesem Hohen Landtag, aber auch die Verantwortlichen in der Regierung, es ernst nehmen.

Es ernst nehmen, denn die Zeiten werden nicht besser. Ich kann das als Bürgermeister einer Großgemeinde nur klar und deutlich noch einmal wiederholen, was ich schon die letzte Periode immer wieder gesagt habe.

Und gemeinsam, Herr Landeshauptmann, sollten wir einen Weg gehen. Einen Weg, einen neuen Weg, den wir gemeinsam auch für das Land, für die Menschen brauchen. Ich sage das auch mit der Klarheit, weil viele Punkte, die Sie heute angesprochen haben, ja eh schon im Laufen sind.

Eine S31-Verlängerung, das zahlt sowieso der Bund, da brauchen wir nicht darüber diskutieren, oder die S7. Wie viele Jahre haben wir gemeinsam gekämpft? Und viele Punkte mehr die Sie aufgezeigt haben, müssen jetzt, und ich denke gemeinsam, umgesetzt werden.

Im Sozialbereich - Spital Oberwart - wo wir immer gesagt haben, machen wir gemeinsam einen Weg. Wir brauchen eine Investition, das ist einer der größten

Investitionen in den nächsten Jahren. Spital Oberwart, wo sich speziell die FPÖ immer wieder auch ganz stark gemacht hat.

Auch dort werden wir Sie messen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nicht vorher, sondern jetzt wo Sie die Möglichkeit haben das abzuarbeiten, was wir gemeinsam als Opposition gefordert haben, auch umzusetzen.

Und ich weiß schon, die SPÖ hat drei Mandate verloren und hat einen Landesrat dazugewonnen, das muss auch einmal einer zusammenbringen, Herr Landeshauptmann. Ich gratuliere Ihnen dazu. Das ist genau das wo ich sage, es ist halt einmal so. Der Schnellere hat gezogen, der Schnellere hat gewonnen.

Aber jetzt heißt es arbeiten. Zu arbeiten für dieses Land, für das wunderschöne Land. Wir sind bereit, seitens der Liste Burgenland hier mitzutun. Wir wären auch gerne in der Regierungsverantwortung gewesen, gar keine Diskussion. *(Zwischenruf der Abg. Mag<sup>a</sup>. Michaela Resetar.)*

Frau Kollegin Resetar, Sie haben die Chance gehabt 15 Jahre, oder zehn Jahre, da brauchen Sie nicht dazwischenrufen. Sie haben die Chance gehabt. Sie haben vieles umgesetzt, aber auch viele Baustellen hinterlassen. Zu dem komme ich noch.

Und ich glaube diese Punkte, die heute der Herr Landeshauptmann hier aufgezeigt hat, sind tatsächlich Baustellen und viele Zukunftssorgen und Ängste der Bevölkerung im Burgenland. Und ich glaube, ob die Ängste und Sorgen der Menschen die Sie hier skizziert haben, auch tatsächlich umgesetzt werden können, da werden wir unseren Finger darauf halten und sagen, das gehört umgesetzt. Das gehört gemacht.

Und ich verstehe schon, immer sind die finanziellen Mittel das Entscheidende, auch in den Gemeinden. Und weil der Herr Kollege Trummer da sitzt, Gemeindevertreterverband, Gemeindevertreterbund. Es gibt auch andere Bürgermeister die denen nicht angehören. Warum hört man die nicht an? Da findet man kein Gehör dafür?

Wir wollen mittun! Wir wollen mitarbeiten, denn wir führen auch Gemeinden, die erfolgreich unterwegs sind und die gemeinsam mit dieser Regierung, mit dem Bund und mit der EU gemeinsam arbeiten müssen. Und daher glaube ich, dass wir eine vernünftige Lösung auch dort anpeilen müssen, bei aller Kritik, Rot und Schwarz und Proporz hin und her.

Wir wollen arbeiten für das Land. Ob ich ein roter Verband bin oder ein schwarzer Bund bin, das ist mir egal, Verband, oder wie sie alle heißen, wir wollen mitarbeiten. Auch die vielen Freien, die sich hier einsetzen und für die Gemeinden und für das Land arbeiten wollen.

Und wenn Sie, Herr Landeshauptmann sagen, 38 Seiten haben Sie ein Regierungsprogramm beziehungsweise Koalitionsprogramm erstellt, alles schön und gut, ich kenne das von früher. Ich kenne das alles.

Nur eines muss klar gesagt werden. Man sollte schlussendlich auch so offen und ehrlich auch mit denen umgehen, die sich hier als Vertreter der Bevölkerung wohlfühlen in diesem Land und für diese Menschen arbeiten wollen. Da muss man sie auch einbinden und daher gehört Transparentheit in dieses Land herein.

Da gehört bei Regierungsbeschlüssen sehr wohl die Möglichkeit auch der Opposition gegeben, Einsicht zu nehmen was wird beschlossen, wie wird es gehandhabt. Das war in der Vergangenheit leider nicht möglich. Ich hoffe, dass die Zukunft etwas anderes bringt.

Und wenn jetzt ein Regierungspartner hier sitzt der das auch immer gefordert hat, na dann werden wir schauen wie sich das Ganze entwickelt.

Und man muss auch den Mut haben, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter jetzt zu sagen, ja das haben wir gefordert und das wollen wir weiter auch auf den Punkt bringen und auch umsetzen. Ich glaube dann hat man doch einiges erreicht mit der Änderung in einer Regierung wo der Wählerwille am 31. Mai wahrscheinlich so war, der Proporz abgeschafft wurde.

Tut mir leid, wenn die ÖVP jetzt das ein bisschen anders sieht und wahrscheinlich vieles kritisieren wird. Kein Problem. Aber ich appelliere an die ÖVP: Ihr habt viele gute Bürgermeister in Euren Reihen, Ihr habt gute Leute in Euren Reihen, arbeiten wir für dieses Land!

Kontrollieren wir diese Regierung! Zeigen wir auf wo der Schuh drückt in diesem Land. Machen wir gute Vorschläge, bringen wir uns ein, gemeinsam alle die hier im Landtag sitzen und nicht nur Fundamentalopposition machen.

Auch die Grünen fordere ich dazu auf. Und wenn ich eine Presseaussendung heute oder gestern, beziehungsweise eine Pressemeldung gehört habe, die Gemeinden und Asyl. Wunderbar, Frau Kollegin, Sie haben keine Verantwortung in einer Gemeinde, Sie haben keinen Bürgermeister, keinen Vizebürgermeister.

Wir tragen Verantwortung in den Gemeinden. Wir müssen uns mit der Bevölkerung auseinandersetzen. Wir wollen uns mit der Bevölkerung auseinandersetzen, weil es wichtig ist. auch für diese Menschen. Für diese Menschen, Kriegsflüchtlinge, auch zu schauen, dass wir eine Lösung finden. Haben Sie eine Lösung angepeilt oder haben Sie eine vorgeschlagen? Nur zu sagen, in den Gemeinden gehört jetzt aufgemacht und das und jenes. Ja, da müssen Sie Verantwortung übernehmen.

Viele Bürgermeister in der ÖVP, SPÖ aber auch von den Listen haben die Verantwortung und machen sich Gedanken. Und das ist auch ein wichtiger Punkt wenn ich Asyl anspreche. Und da muss ich dem Herrn Landesrat Darabos sagen, da wird er einen harten Weg gehen müssen. Aber er muss ihn gehen und er wird ihn gehen.

Und vielleicht können wir doch das Eine oder Andere gemeinsam lösen, weil es wichtig ist. Weil es wichtig ist für das Land, für den Bund, aber auch für die Menschen, die hier hereinkommen. Aber nicht sagen in einer Aussendung von der SPÖ einen Tag vor der Wahl in Deutschkreutz: Kölly bringt 60 Asylanten nach Deutschkreutz.

Das sind Dinge die ich nicht für gut halte und die einfach nicht fair sind. Wir sollten miteinander reden, welche Lösungen können wir anpeilen und nicht polemisch irgendwelche Dinge immer in den Raum stellen.

Ja, ich weiß, Frau Ex-Landesrätin, dass Dir der Hals so steht, das kann ich mir schon vorstellen. Aber das sind genau die Dinge. Ich würde mich ja nicht einmal hereinsetzen in den Landtag, nachdem Sie dort gearbeitet haben als Landesrätin und jetzt Kompetenzaufteilung entsteht.

Tatsächliche Kompetenzaufteilung, aber auch da werden wir Sie messen, Herr Landeshauptmann, ob das tatsächlich so ist. Weil wenn drei Landesräte zuständig sind für irgendein Thema, da kann nichts Gescheites herauskommen. Das ist ja nichts.

Aber auch wie wir verhandelt haben wegen dem Proporz abschaffen, ist ja eines, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter in Ruhe - sage ich einmal so - und Abgeordneter-Kollege, war es so, dass wir gesagt haben, das und jenes gehört auch auf die Gemeinden heruntergebrochen, in den Verbänden heruntergebrochen.

Was ist geschehen? Der Proporz ist abgeschafft geworden und viele Dinge sind offen geblieben, weil man über uns drübergefahren ist. Tschürtz Hans, Du kannst Dich erinnern an die Geschichteln was wir gesagt haben, das und das gehört noch erledigt. Nein, das hat man weggewischt ganz einfach. Jetzt sitzen wir als Opposition herinnen und wollen jetzt dagegen kämpfen. Es ist eh gut.

Aber man sollte wirklich den Menschen in den Vordergrund stellen. Auf den Punkt bringen und sagen, wir wollen für das Burgenland arbeiten. Die Kontrolle über die Regierung, Ihr kennt ja das, was sich dort abspielt drinnen. Ihr kennt das ganz genau und Ihr könnt es auch am Punkt bringen.

Ihr könnt sagen, hoppala, das funktioniert nicht so. Wir haben gar nicht die Chance dazu gehabt, weil wir keine Einsicht bekommen haben. Wir haben die Transparentheit immer gefordert, haben aber die Möglichkeit nicht gehabt.

Und ich glaube auch, dass es wichtig ist, eine Kontrollfunktion natürlich auszuüben, wie in den Gemeinden und dazu stehe ich. Auch in den Gemeinden gibt es Kontrollausschüsse die alle Möglichkeiten haben, in alle Akten Einsicht zu nehmen, in alle Rechnungsunterlagen Einsicht zu nehmen und dann ein Urteil sich zu bilden.

Ich glaube den Gemeinden wird es gut auch anstehen, wenn wir uns, Herr Kollege Trummer, trotzdem zusammensetzen und versuchen eine Lösung zu finden.

Den Gemeinden geht es nicht sehr gut. Ich sage Euch das auch gleich. Nicht nur finanziell sondern auch den anderen Weg, den heute der Landeshauptmann genau vorgegeben hat. Öffentliche Verkehrsmittel und dergleichen mehr, das haben wir immer gefordert seitens der Liste Burgenland. Tun wir etwas! Deutschkreutz, den Bürgerbus habe ich eingeführt und viele Dinge mehr. Südburgenland - kämpfen wir um die Eisenbahnstrecke!

Daher sage ich, ich höre die Worte sehr wohl, ich wünsche mir, dass die Taten folgen. Dann glaube ich, dass wir am richtigen Weg sind.

Herr Landeshauptmann, wenn Sie sagen "Grenzkontrollen". Das haben Sie vor der Wahl gesagt, auch die FPÖ hat das gesagt. Aber nur, Herr Kollege Tschürtz, nicht vopreschen sondern mit Ruhe und Gelassenheit das Ganze angehen, weil das Mandat ist so jung noch, dass man da vorsichtig umgehen muss damit, aber auch hier biete ich Mithilfe an.

Deutschkreutz hat einen Grenzübergang gekauft. Schauen wir uns das an, ob das nicht möglich ist die Polizei dort draußen hinzubringen. Gemeinsam einen Weg zu finden. Warum nicht? Da habe ich überhaupt kein Problem. Aber es kann nicht so sein, dass man nur Kofferraum auf, Kofferraum zu, ein Bild macht, das brauchen wir nicht. Wir wollen schauen, dass eine vernünftige Lösung herauskommt.

Ich sage mit dieser Deutlichkeit, Herr Landeshauptmann, einiges gehört noch ins richtige Licht gebracht. Sie haben richtig gesagt, 85 Prozent sind Bundesgesetze, damit müssen wir uns abkämpfen ständig hier im Landtag. Und hier ist es einmal der Ausgleich.

Und Sie wissen welchen Ausgleich in meine - wenn im Burgenland der Mensch 570 Euro wert ist und in Wien ist er 1.370 Euro wert, fast das Dreifache oder noch mehr. Dann sollte man sich etwas überlegen. Auch hier habe ich einen Antrag eingebracht. Der wurde schubladiert, der wurde abgelegt. Keine Diskussion.

Jetzt freut es mich, Herr Landeshauptmann, dass Sie das wieder ins Auge fassen und angehen wollen. Auch hier werden Sie unsere Unterstützung natürlich haben, weil es wichtig ist.

Wir brauchen Geld, 30 Millionen Euro gehen uns verloren. Ich habe wirklich mitgehört, habe genau aufgepasst. 30 Millionen Euro für die Gemeinden sind weg, wo wir nichts investieren können. Und die Gemeinden waren der Motor der Wirtschaft und ich hoffe sie werden es auch in Zukunft sein.

Da sitzen viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen herinnen, die sich mit solchen Dingen herumschlagen müssen und kämpfen müssen, um jeden Cent in den Gemeinden.

Und daher würde es mich freuen, wenn diese Regierungserklärung jetzt, sage ich einmal, zu 80 oder 85 Prozent wenigstens umgesetzt werden würde. Unsere Unterstützung gibt es, seitens der Liste Burgenland, weil wir der Meinung sind, lassen wir diese Regierung einmal arbeiten.

Schauen wir ihnen auf die Finger, kontrollieren wir - selbstverständlich. Machen wir vieles transparent auch für die Menschen draußen in diesem Land, die verunsichert wurden vor den Wahlen und vielleicht jetzt auch noch skeptisch sind, weil sie natürlich sagen, mein Gott, jetzt haben wir eine Regierungskonstellation das passt vielleicht hinten und vorne nicht zusammen.

Ja, aber auf der anderen Seite denke ich mir, es ist vieles mit Rot und Schwarz auch nicht passiert, was man sich vorgestellt hat. Es soll kein Vorwurf sein, sondern es ist eine Anmerkung und daher gibt es auch eine Opposition die immer sagt, legen wir die Hand da drauf, schauen wir uns das an.

Das können wir jetzt gemeinsam machen. Wir können uns aber auch einbringen mit Anträgen, und das schlage ich auch dem Herrn Landeshauptmann vor, aber auch dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter - sich gemeinsam einmal anschauen und nicht 170 Anträge, so wie ich sie eingebracht habe in der letzten Periode und die meisten sind verschwunden. Na klar, weil man dem Kölly nicht rechtgeben kann.

Schauen wir uns gemeinsam den Weg an. Sind die Anträge in Ordnung für die Menschen in dem Burgenland und setzen wir sie um, gemeinsam. Und ich glaube, das ist ein Weg den der Herr Landeshauptmann mit seinem Koalitionspartner in Zukunft auch gehen soll.

Vom Budget her denke ich, einige Diskussionen wird es selbstverständlich geben, weil, es ist alles nicht so eitel Wonne, wie man es sich vorstellt. Aber was mir besonders gefällt, diese Zusammenschlüsse und die Transparentheit von unseren ganzen öffentlichen Beteiligungen.

Aber zum Schluss, auch in den Verbänden sollte man jetzt munter werden schön langsam. Weil Sie vom Bestbieterangebot immer sprechen, Herr Landeshauptmann. Das haben wir schon vor Jahren gesagt, da war ich noch in der FPÖ, habe ich das schon gesagt, das gehört geändert.

Nur in den Verbänden macht man was man will. Da kann ich ein Beispiel zeigen, wo man wieder Steirer oder Oberösterreicher die Arbeit übergibt. Na ja, weil vielleicht kann unsere Firma das gar nicht. Entschuldigung, müssen wir nicht die Ausschreibungen so machen, dass das passt? Und ich hätte so eine Bestbieterausschreibung einmal gern gesehen vom Land.

Das wünsche ich mir, das ist Transparentheit. Das hätte ich gerne gesehen. Weil ich denke, dort habe ich auch ein Auge für so etwas. Ob das tatsächlich so ausgeschrieben wird, dass der Bestbieter überhaupt sein kann, weil, da muss man vieles hinterfragen.

Ja, schlussendlich sage ich einmal: Danke für die Regierungserklärung, danke für die vielen Punkte, die Ihr aufgezeigt habt. Wir werden, wo es geht, mitarbeiten. Wir werden dort ein wachsames Auge haben, wo es schlussendlich wichtig ist, dass auch die Liste Burgenland dementsprechend gehört wird, für die Menschen in diesem Land.

Und in diesem Sinne wünsche ich uns eine Periode, die hoffentlich für das Land und für die Menschen das Beste ist. Danke. *(Beifall bei der LBL und einigen Abgeordneten der SPÖ und FPÖ)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Liebe Besucher auf der Galerie. Schnell, sehr schnell ist die vorliegende Regierungsvereinbarung auf den Tisch gelegen. Ich habe mir das ja anders vorgestellt.

Für mich war das alles das erste Mal diese Landtagswahl und mitzuerleben wie eine Regierung gebildet wird. Ich bin davon ausgegangen, dass man zuerst einmal etliche Tagelang beisammen sitzt, ernsthaft sammelt, was sollen die Schwerpunkte und die wichtigen Eckdaten für die nächste Regierungsperiode sein und dann wird genau verhandelt.

Auch bis in die Details, um nach immerwiederkehrenden Schleifen, auch mit den eigenen Leuten im Hintergrund, ein ganz fundiertes und ausführliches Regierungsprogramm für fünf gestaltende Jahre auf den Tisch zu legen.

Aber das ging alles sehr schnell und mein Eindruck war eher, da wurde nicht zu sehr verhandelt, da wurde sehr schnell einfach etwas aus dem Boden gestampft.

Jetzt im Nachhinein hören wir weitere Ausführungen und es kam, wie heute auch in der Erklärung vom Herrn Landeshauptmann viel vor, dass wir in diesem Regierungsprogramm nicht finden.

Und ich sehe es einmal so, dass das Regierungsprogramm die schriftliche Zusage an die Burgenländerinnen und Burgenländer ist und da drinnen sucht man Einiges vergeblich. Auf Etliches wurde überhaupt vergessen, was ein Hinweis darauf ist, dass diese Themen in der Politik der Verhandler keine besondere Bedeutung haben.

Was finden wir nicht im Regierungsprogramm? Umweltschutz, Klimaschutz, Naturschutz - kommt nicht vor im Regierungsprogramm. Landwirtschaft gibt es nicht. Armut und Obdachlosigkeit wurde völlig vergessen, dass es so etwas im Burgenland gibt, aber es wurde ja auch alles sehr, sehr schnell natürlich hier versucht in Papier zu bringen.

Kindergartenwesen und Erwachsenenbildung kommt nicht vor. Barrierefreiheit als Querschnittsmaterie, et cetera, et cetera, Jugend, all das was heute in der Rede als Zukunftsressorts angesprochen wurde, kommt im vorliegenden schriftlichen Regierungsprogramm einfach nicht vor.

Das wurde dann in jene Ressorts geschoben die von den Landesrätinnen betreut werden. Nun, ich freue mich dann schon, dass es in ihren Händen liegt, weil ich denke mir auch, wenn die männlichen Verhandler einiges vergessen haben im Programm, werden es dann die weiblichen Landesrätinnen, so glaube ich, umso besser voran bringen. Da lassen sie sich sicher eh nichts verbieten.

Aber, ich komme damit schon zur Frauenpolitik. Die Frauenpolitik ist überhaupt ausgespart in diesem Regierungsprogramm. Aber Frauenpolitik ist keine Nischenpolitik. Frauenpolitik ist keine Spielweise der Feministinnen und Frauenpolitik darf nicht zum Feigenblatt in der männerdominierten Landespolitik werden. *(Beifall bei den Grünen)*

Frauenpolitik heißt, Frauen in alle wesentlichen Entscheidungen miteinzubeziehen. Nachdem aber die von Frauen betreuten Ressorts kaum im Regierungsprogramm vorkommen hoffe ich, dass die Frauen in der Regierung die wesentlich dieses Land in den nächsten Jahren mitgestalten werden, einzelne Ressorterklärungen abgeben werden, dann wissen wir auch wie es in den nächsten fünf Jahren weitergehen soll.

Der Herr Landeshauptmann will sich selbst und alleine um die Bildung kümmern, nur leider hat er dabei auf den Kindergarten, was die inhaltliche Gestaltung und die Arbeitsbedingungen dort betrifft, völlig vergessen.

Was hat die SPÖ im Wahlkampf nicht alles hinausposaunt über das Bildungsland Burgenland, über die beste Bildung von klein auf, unter dem Schlagwort "Bildungsgarten", aber wenn das konkret wird, in einem vorliegenden Regierungsprogramm findet man kein Wort mehr.

Bevor ich auch noch auf andere ausgewählte Positionen in der Regierungserklärung eingehe will ich nicht unterschlagen, dass wir auch einiges positiv bewerten. Zum Beispiel, die Willenserklärung den öffentlichen Verkehr bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Völlig offen bleibt jedoch, wessen Bedarf in Betracht gezogen wird. In der Finanzaufstellung, ein paar Seiten weiter hinten ist nicht zu erkennen, dass dieser Bereich der Straße gegenüber stärker forciert wird.

Es ist auch löblich das Volksbefragungen durchgeführt werden sollen, allerdings gibt es keinerlei Hinweis darauf inwiefern diese dann für die Regierenden auch bindend sein werden. Die SPÖ hat bislang schon bewiesen, dass ihr Bürgerbeteiligung nur dann ein Anliegen ist, wenn auch das Ergebnis passt.

Nicht umgesetzt werden Ergebnisse aus Bürgerbeteiligungsprozessen, wenn sie nicht den Willen der SPÖ entsprechen - siehe Verkehrsstrategie - oder sie werden überhaupt unterbunden und umgangen - siehe Umfahrung Schützen, wo ein EU-Verfahren zu erwarten ist, eben aus diesem Grund, weil die Bürgerbeteiligung unterbunden wurde. Wie glaubwürdig diese Bekenntnisse sind, wird die politische Praxis dann weisen.

Wenn ich mir das Kapitel Wirtschaft anschau, dann wurde hier wohl einiges ausgeführt, aber in diesem Regierungsprogramm sehe ich nur eine Ideensammlung unter dem Titel "Zwölf-Punkte-Programm für das 21. Jahrhundert".

Das ist eine Aufzählung von Ideen und Überschriften und entbehrt jeglicher konkreter Umsetzungsschritte. Erkennbar ist bloß, dass die Regierung den Willen hat die Wirtschaft im Burgenland zu fördern, aber das ist ja schön.

Pikant finde ich auch den Hinweis im Tourismus, da ist nun ein Landesrat für die Umsetzung eines Tourismusgesetzes zuständig, gegen das er vor ein paar Monaten noch heftig gewettert hat. Wie diese Biegung und Beugung hinzukriegen ist werden wir auch noch sehen.

Im Kapitel Finanzen fällt mir eines auf. Finanzen ist doch ein Generalthema und der Landesregierung fallen in diesem Regierungsprogramm nicht mehr als drei Sätze dazu ein. Wer sich hier so wenig festlegt, hat möglicher Weise einiges zu verbergen, zumindest die eigene Ideenlosigkeit. Es ist keine Rede von Transparenz in den Landesfinanzen, es

ist keine Rede von Budgetgestaltung. Es ist keine Rede von Genderbudgeting, ein ehemals zentrales Thema der Sozialdemokratie. Verlässlichkeit schaut für mich anders aus.

Das große Thema Bildung hat einige positive Ansätze. Zum Beispiel auch die Umsetzung einer langjährigen grünen Forderung zur Abschaffung des Landesschulrates und Schaffung einer Bildungsdirektion, ebenso den Einsatz von multiprofessionellem Unterstützungspersonal an den Schulen. Da glaube ich, wird ein wichtiger und richtiger Schritt gegangen.

Völlig unklar ist hingegen worum es sich bei dem Kinderbetreuungsscheck handelt und welche Leistungen damit verbunden sein sollen. Es hat den Anschein, als müsste in diesen Kapiteln einfach ein Plakatslogan der FPÖ noch schnell untergebracht werden, so in ein „Husch-Pfusch-Programm“ hinein.

Es ist auch von einer Ausbildungspflicht in diesem Regierungsprogramm nichts zu lesen, aber der Herr Landeshauptmann sagt es heute wieder. Also es wird sehr schwer sein zuzuordnen, was ist jetzt eigentlich der Wille der umgesetzt wird auf Grund des Regierungsprogramms und was wird im Nachhinein noch ein bisschen anders formuliert.

So geht es zum Beispiel auch im Pflegebereich. Es wird hier nicht konkret festgelegt wie die Arbeitsbedingungen der vielen, vielen Menschen, das sind viele Arbeitsplätze im Burgenland die im Pflegebereich tätig sind, wirklich verbessert werden können.

Das ist überhaupt etwas was mir aufgefallen ist, was ich sehr spannend finde, der ganze Gesundheitsbereich läuft unter der Kapitelüberschrift "Soziales" ab. Gesundheitspolitik als Teil der Sozialpolitik finde ich eine interessante neue Wendung, aber vielleicht ist das auch nur ein Schlampigkeitsfehler in der Schnelligkeit der Erstellung des Programmes.

Das große Kapitel "Soziales" stellt aus Sicht der Grünen eine besondere Enttäuschung dar. Ich war beim Lesen der Regierungserklärung wirklich erschüttert, dass das Wort „Armut“ kein einziges Mal vorkommt. Jetzt im Nachhinein wurde einiges nachgetragen.

Unsere ersten Kommentare wurden offensichtlich wahrgenommen. Es freut mich, dass es angekommen ist, aber in diesem Papier finden wir nichts. Schön, dass nun auch von der Sozialdemokratie Regierungsverantwortung erkannt wird, dass es im Burgenland Armut gibt und dass diese bekämpft werden muss. In dieser vorliegenden Regierungserklärung kam das Wort nicht einmal vor.

Auch soziale Kernthemen wie Jugendwohlfahrt, Obdachlosigkeit, Mindestlohn sind mit keinem Wort erwähnt. Das ist doch eine Bankrotterklärung an die Sozialpolitik. *(Beifall bei den Grünen)*

Bezeichnend für diese neue Landesregierung ist auch, dass ich unter dem Kapitel "Krankenhäuser" keine Konzepte der medizinischen Versorgungssicherheit finde. Ganz im Gegenteil, es gibt ein Motto in diesem Papier, in seinen 38 Seiten, in ein leerstehendes Krankenhaus darf alles, nur keine Flüchtlinge.

Das ist ein beschämendes Bekenntnis zum Menschenrechtsstandard der neuen Landesregierung. Und da sind wir schon bei einem Lieblingsthema dieser Regierungserklärung, misst man es am Umfang der diesem beigemessen wird, das Thema Asyl.

Es ist sehr ausführlich, aber meiner Einschätzung nach nicht, weil es lösungsorientiert ist, sondern weil sich die Regierungsparteien im Stil sehr schnell einig waren. Es war ja gewissermaßen ein gemeinsames Wahlkampfthema.

Die konstruktiven Ideen die sehr wohl, Herr Kollege Kölly - jetzt ist er nicht da, also jetzt weiß er es dann wieder nicht - die sehr wohl schon von uns im letzten Herbst eingebracht wurden, wurden wahrgenommen, das freut mich. Wenn man es schon früher umgesetzt hätte, dann hätten wir vielleicht die große Misere, der wir jetzt ausgesetzt sind nicht in dem Ausmaß.

Aber es freut mich, dass es jetzt in der Erklärung des Herrn Landeshauptmannes vorgekommen ist, was wir schon im Herbst vorgeschlagen haben, bezüglich der Unterstützung der Gemeinden die kleine Einheiten für Asylquartiere schaffen.

Und auch das hätte ich gerne dem Kollegen Kölly versichert, wenn es dann einmal eine grüne Bürgermeisterin oder einen grünen Bürgermeister gibt, werden wir das natürlich auch schön vorzeigen und gestalten wie man das dann machen kann. *(Abg. Gerhard Hutter: Ich werde es ihm dann ausrichten.)* Danke.

Kommen wir zum Kapitel Verwaltung. Das ist erfreulich, wirklich erfreulich, dass es zu einer umfassenden Umstrukturierung in der Verwaltung kommen soll. Dazu wurden die entsprechenden Papiere ja bereits in den Monaten vor der Wahl ausgearbeitet.

Bedenklich ist nur das Denken der gesamten Verwaltung als Konzern und das obwohl gar kein Mitglied vom Team Stronach im Verhandlungsteam war, nehme ich jetzt zumindest einmal an.

Öffentliche Verwaltung folgt nicht immer den Grundsätzen der Konzernführung, da stehen dann bei diesem Verständnis bei uns die Alarmglocken schon auf Rot, dass da und dort unter dieser Perspektive Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik gemacht wird, die neoliberalen Wirtschaftskonzepten folgen könnten. Und das unter einer rot-blauen Landesregierung. Kennerinnen und Kenner von politischen Theorien und Parteiprogrammen dürfen verwirrt sein.

Damit komme ich zu einem weiteren großen Kapitel. Das Thema Sicherheit ist ein sehr geräumiges Thema in dieser Regierungserklärung. Es muss zwar in der Regierung noch gelernt werden, welche Kompetenzen ein Landeshauptmann-Stellvertreter hat und was in Bundeskompetenz liegt, oder gar was im EU-Recht verankert ist, aber das wird schon noch werden.

Ich möchte hier einen Satz zitieren, der die Geisteshaltung dieses Regierungsübereinkommens und der dahinterstehenden Personen deutlich zeigt: Ich zitiere: "Das Burgenland grenzt an drei neue EU-Staaten und trotzdem sind wir österreichweit das sicherste Bundesland."

Grenzüberwachung hat in diesem Regierungsprogramm den Bezug von Bekämpfung von Kriminalität verloren, es bezieht sich ausschließlich auf das Bekämpfen von Flüchtlingen. Hier wird Stimmung gemacht gegen jene, die aus Krieg und Elend fliehen. Krieg mit dem die europäische und die US-amerikanische Rüstungsindustrie gutes Geld verdient und Elend, das auch durch europäische Wirtschaftspolitik verursacht wurde.

Das was Sie hier tun, in diesem Papier, ist Hetze. Subtile Hetze, aber Hetze und das ist Rot-Blau im Burgenland. Der Bevölkerung Sicherheit geben kann dieses Regierungsprogramm nicht. *(Abg. Edith Sack: Das hat mit Sachpolitik nichts zu tun, was*

*Sie da machen.*) Dazu ist es zu oberflächlich und zu unverbindlich. Die Burgenländerinnen und Burgenländer hätten sich mehr verdient.

Dankeschön. *(Beifall bei den Grünen)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Klubobmann Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin, Sie verwechseln da etwas. Nicht die Polizei richtet ihre Kriminalitätsbekämpfung nach dem Asylanten aus, sondern die Polizei hat keine Zeit mehr für die Kriminalitätsbekämpfung, weil sie mit den Asylanten spazieren fahren muss.

Das ist die Wahrheit und deswegen wurde auch diese grenznahe Kontrolle abgesagt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Aber zur Regierungserklärung: Für uns Freiheitliche ist das schon ein besonderer Tag, weil wir zum ersten Mal in einer Regierung sind und es geschafft haben, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, ein Papier zu entwickeln das natürlich nicht nur freiheitliche Handschrift trägt.

Das ist doch vollkommen klar, mit 15 Prozent Stimmenanteil kann man nicht 100 Prozent an der Regierungserklärung haben, das wird ja hoffentlich jeder verstehen. Aber es ist trotzdem gelungen Wesentliches zu schaffen und zwar für beide Koalitionspartner.

Wenn man die Wirtschaft hernimmt, die Sie so kritisieren, Beschäftigungs- und Ausbildungsgarantie, dann muss man schon sagen, da ist einiges in Bewegung gekommen.

Der Tourismus wird vom Kollegen Petschnig unter die Fittiche genommen, und ich hoffe, dass aus den 935 Millionen Euro Wertschöpfung irgendwann die Milliarde überschritten wird. Die Auflösung des Landesschulrates, ein Dauerbrenner in den letzten Jahren gewesen, ist nie gelungen. Jetzt auf einmal geht das ruck-zuck ohne große Aufregung und bringt Millionen an Einsparungen, allein durch den Vizepräsidenten, den wirklich keiner mehr braucht. *(Abg. Walter Temmel: Den Präsidenten brauchen wir auch nicht!)*

Es ist in diesem Regierungsprogramm ein Demokratiepaket verankert, wo eben Volksbefragungen durchgeführt werden und ein Volksanwalt, ein burgenländischer, installiert wird, wo Bürger einfach eine Anlaufstelle haben und dort professionell betreut werden.

Bei den Volksbefragungen, das wird zum Beispiel ein Thema sein, bei den Grenzöffnungen zu Ungarn. Es wird keine Öffnungen geben, wenn die Gemeinden dort nicht einverstanden sind.

Daher ist ein wichtiges Instrument, Frau Kollegin, Sie tun das so ab, als wäre das gar nichts, dass das Asylwesen einen größeren Block einnimmt in der Regierungserklärung, ist ja auch klar irgendwo. Weil es ein Thema ist, das die Leute beschäftigt. Daher sollte es auch uns beschäftigen, da zu einer wirklich vernünftigen Lösung zu kommen, ja, die ja derzeit nicht in Sicht ist.

Weil wenn wir nur Asylwerber aufnehmen und wissen, dass 80 Prozent abgelehnt werden, durch österreichische Gerichte, dann muss man diese 80 Prozent auch wieder außer Landes bringen. Sonst sitzen sie auf unseren Quartieren drauf und dann ist klar, dass die Frau Innenministerin Woche für Woche kommt und sagt, wir brauchen mehr

Quartiere, wir brauchen mehr Quartiere. Ist doch vollkommen klar. So viele Quartiere können wir gar nicht aufstellen, was da an Leuten reinkommt.

Der Sicherheitslandesrat, den Sie auch so kritisieren. Die Grenzraumüberwachung ist abgesagt worden, eben mit der Begründung, dass die Polizei keine Ressourcen frei hat, weil sie mit den Asylwerbern durch die Gegend fahren muss. Das ist eigentlich eine Bankrotterklärung unserer Sicherheitspolitik. Das muss man ganz offen sagen. Das kann es nicht sein, dass die Polizei ihrer Tätigkeit nicht mehr nachkommen kann, weil sie mit Verwaltungstätigkeiten zugepflastert ist.

Da muss man halt diese Securityabteilung, die es da gibt, in einem Anhaltezentrum beziehungsweise in einem Abschiebegefängnis, da muss man die vielleicht vertraglich anders einsetzen, und die mit den Flüchtlingen, beziehungsweise mit den Asylanten hin- und herfahren lassen, damit die Polizei wieder freigespielt ist.

Bezüglich des Verkehrs gibt es super Ansätze in dem Regierungsprogramm. Im Süden, im Landessüden, der ja doch einigermaßen benachteiligt ist, soll jetzt der öffentliche Verkehr ausgebaut werden, mit mikroöffentlichem Verkehr. Das finde ich für eine gute Idee, weil es einfach billiger kommt, als irgendwelche Züge, die leer durch die Gegend fahren.

Ebenso ist das mit den Anruftaxis, wo die Leute einfach das Taxi hinbestellen und viel flexibler und mobiler werden. Dann gibt es einen Bürokratieabbau durch Verschlinkung der Strukturen. Das wird sicher eine spannende Geschichte und wird auch sehr viel bringen, da bin ich hundertprozentig überzeugt davon.

Bekämpfung von Sozialdumping durch Kontrollen auf Baustellen und im grenznahen Raum wird sicher viel bringen, weil derzeit in Österreich derart viele ausländische Firmen arbeiten, wo man zumindest an der Qualifikation zweifeln muss.

Schaffung eines gläsernen Konzerns und Zusammenlegung der Landesbeteiligungen durch Verschlinkung der Verwaltungsstrukturen und Einsparung diverser doppelt besetzter Posten. Das ist längst überfällig. Es ist nicht notwendig, dass in jedem Konzern, in jeder Landesbeteiligung, ein roter und ein schwarzer Geschäftsführer sitzen. Da gehört einer der kompetent genug ist, das Imperium oder die Firma zu leiten. Egal was er für eine Farbe hat, wenn er kompetent ist, dann nützt er der Firma und damit dem Land und damit werden einige Ressourcen freigesetzt.

Die Förderung der Frauenquote, die Sie nicht gesehen haben, steht explizit drinnen, wahrscheinlich haben Sie es überlesen, Frau Kollegin.

Die Bildung, die Zusammenfassung in einem Ressort und in eine Zuständigkeit vom Kindergarten bis zur Uni, ist ein wesentlicher Fortschritt, meine Damen und Herren. Weil bis jetzt hat es etliche Zuständigkeiten gegeben, daher ist auch nichts weitergegangen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt für uns.

Sie sehen, das ließe sich natürlich noch zwei Stunden fortsetzen, aber man sieht, da sind Punkte drinnen, die wirklich gut sind im Ansatz. Es wird an uns liegen, wie weit wir das umsetzen können und was wir daraus machen, aber Arbeit gibt es genug.

Ich denke mir, wir sind alle gut beraten, wenn wir so bald als möglich damit beginnen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

**Präsident Christian Illredits:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Mag. Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP):** Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Abgeordneten! Hohes Haus! Regierungsmitglieder! Vorige Woche ist die Regierung von der Mehrheit dieses Hohen Hauses gewählt worden. Heute hat die Landesregierung in der Person des Landeshauptmannes bekanntgegeben, wie sie sich die Arbeit in den nächsten, oder in den kommenden Jahren, vorstellt.

Ich möchte heute im Sinne oder für die Volkspartei schon ganz deutlich sagen, dass wir dort, wo es möglich ist, auch einigermaßen, ja nicht so hart ins Gericht gehen wollen mit dem Koalitionsabkommen. Denn der Start dieser Regierung war ja einigermaßen holprig und es gäbe viel zu kritisieren.

Die Vorstellung heute war ja auch nicht besonders gut, eine eher schwache Vorstellung. Wäre das eine Theaterpremiere, dann hätten die Kritiker nicht allzu viel Positives zu berichten. Manchmal ist das halt so in der Politik wie auch in der Theaterwelt, nicht jede Premiere kann gut sein und es gibt halt auch Premieren, die keine Topvorstellungen sind.

Wenn man sich dieses Koalitionsübereinkommen ansieht, da gebe ich der Kollegin Petrik schon Recht, dann ist nicht allzu viel Substanz zu sehen. Es gibt eine Aneinanderreihung von vielen Schlagworten, von Themen, die aufgerissen werden. Viele Themen, wo man nicht dagegen sein kann, aber deswegen vor allem, weil die Substanz noch nicht da ist. Weil noch nicht ganz klar ist, auch für den geneigten Leser, was sich dahinter verbirgt und welche Maßnahmen daraus folgen werden.

Diese leichte Holprigkeit hat ja den ganzen Start der Regierung ein bisschen begleitet. Der Hans Tschürtz als Grenzgänger sozusagen, das war jetzt nicht eine Topaktion, sagen wir einmal so. Am Montag hat man schon gesehen, wie man so etwas professionell macht, nämlich auch auf einer ordentlichen Kompetenzgrundlage.

Aber überhaupt finde ich, dass die Regierung ja ein bisschen so ein politischer Grenzgänger ist. Man hat schon gespürt, das möchte ich schon sagen, beim Landeshauptmann nicht so, aber beim Klubobmann der FPÖ, dass es nicht so einfach ist, und dass man sich ein bisschen unwohl fühlt, wenn man so eine Regierungserklärung verteidigen muss. Wenn man Dinge verteidigen muss, die man noch vor wenigen Wochen, ja fast verteufelt hat.

Stichwort Neue Mittelschule, Stichwort Planungschaos Krankenhaus Oberwart, Stichwort Schulschließungen, das wird auch noch ein Thema werden. Stichwort Verkehrsstrategie, wo Sie heute gesagt haben, die ist eigentlich super, haben aber dagegen gestimmt. Wir haben damals mitgestimmt! Ich halte die Verkehrsstrategie heute, genauso wie vor einigen Monaten, für gut und richtig. Sie haben sich halt jetzt ein bisschen umorientieren müssen.

Stichwort Arbeitsmarktpolitik oder Budgetpolitik. Eine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen, von Schlagworten, Forderungen an andere Institutionen. Aber, wie gesagt, aus unserer Sicht wenig Substanz oder noch wenig, wo man erkennen kann, was wirklich daraus folgen wird. Zukunftsfähigkeit und Zukunftssicherheit sieht für uns anders aus.

Die heutige Regierungserklärung führt mir wieder einmal deutlich vor Augen, dass es ganz, ganz wichtig ist, auf dieses Burgenland aufzupassen. Das Aufpassen, das wird die Aufgabe der Opposition insgesamt sein, aber auch ganz besonders auch die Aufgabe der Volkspartei.

Diese Regierungserklärung, meine Damen und Herren, ist eine verschriftlichte Politik alten Stils, alte Politik, more of the same, kann man sagen. Aber abgesehen davon,

und da gebe ich der Kollegin Petrik Recht, dass vieles auch verständlicherweise, teilweise nur schlagwortartig angeführt ist, fehlen natürlich auch Themen, die eine moderne und nach vorne gewandte Regierung im Auge haben müsste.

Hier erwarten wir uns schon, dass in den nächsten Wochen, Monaten, noch konkrete Vorschläge folgen werden. Wie in der Frage der Digitalisierung oder neue Ideen zur Bildung und das Nichtfesthalten an mehr oder weniger gescheiterten Experimenten.

Oder die Frage, wie es möglich ist, und was man konkret tun kann, um ein unternehmerfreundliches Klima im Burgenland zu stärken, oder dort, wo es vielleicht noch nicht ist, zu schaffen. Oder eine aktive Jugendpolitik.

Oder heute ist ja über die Landwirtschaft gesprochen worden, im Abkommen selbst, im schriftlichen, findet man ja nichts dazu. Das ist schon auch eine wichtige Frage der Zukunft, nämlich das ist auch eine Frage der Zukunft, der Lebensmittelproduktion im eigenen Land. Das wird, glaube ich, noch viel, viel wichtiger werden.

Oder ein echtes Investitionsprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft und nicht ein Hochrechnen von Budgetzahlen 2015 auf die nächsten fünf Jahre. Dann zu sagen, na ja wir haben jetzt ein gewaltiges Investitionsprogramm von 2,7 oder 2,8 Milliarden Euro. Da gehört, glaube ich, ein bisschen mehr dazu.

Oder auch die Frage von selbstbestimmten Gemeinden, die ja die unmittelbarste Heimat der Menschen sind, die nicht am Gängelband des Landes oder des Bundes hängen sollen, sondern die wirklich auch selbstbestimmt sein sollen.

Oder auch das Aufgreifen und Anpacken von momentan wirklich sehr schwierigen Problemen. Stichwort Asylpolitik, das ist ja heute schon angesprochen worden. Da gebe ich schon Recht, das ist ja nicht eine Sache, die jetzt ein Einzelner oder ein Land oder eine Gemeinde alleine oder der Bund alleine lösen kann.

Aber ich glaube, es ist schon wichtig, dass man die Verantwortung auch wahrnimmt. Die Verantwortung, die man halt auf Grundlage von Gesetzen und auf Grundlage von Verträgen hat. Da wäre es vielleicht angebracht, dass man auch überlegt, gemeinsam etwas zu tun.

Zum Beispiel die Frage eines befristeten Asylrechtes für Kriegsflüchtlinge auch aufzugreifen. Das ist ja eine Möglichkeit, die auf Grundlage der geltenden Gesetze besteht. Indem man Kriegsflüchtlinge relativ unbürokratisch aufnimmt, aber eben befristet und dann, wenn die Kriegshandlungen beendet sind, ihnen auch die Möglichkeit gibt, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Das wäre aus meiner Sicht eine lohnende Angelegenheit, das auch gemeinsam zu tun.

Oder auch die Frage eines... (*Zwischenruf von Landesrat MMag. Alexander Petschnig*) Ja, ja, sage ich ja, aber man kann trotzdem initiativ werden, Herr Landesrat, und gemeinsam diesen Vorschlag machen.

Oder auch die Frage des Bürokratieabbaus bei den Unterkünften. Also das ist schon so, dass es oft daran scheitert, dass halt irgendwelche Vorschriften bestehen und es dann dazu kommt, dass halt Menschenflüchtlinge, die wirklich bedroht sind, in Zelten übernachten müssen, und das kann ja niemand wollen.

Meine Damen und Herren! Wir werden Sie nicht an dieser Regierungserklärung messen, nicht an diesem Koalitionsabkommen messen, das wäre aus meiner Sicht nicht fair. Wir werden Sie aber an Taten und Fakten und natürlich an Ihren Handlungen messen.

Fakten und Taten wie die Arbeitslosenquote, wie die Beschäftigungsquote, wie die Entwicklung des Wirtschaftswachstums oder wie Sie es schaffen, insgesamt das Burgenland auch zukunftssicher zu machen.

Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger des Landes das Recht haben auf gleiche Zukunftschancen. Die Grundlage dafür, und da sind wir uns, glaube ich, über alle Parteigrenzen hinweg einig, ist vor allem ein Arbeitsplatz, der nicht nur dafür da ist seine Existenz bestreiten zu können, sondern der darüber hinaus auch Selbstwertgefühl und gesellschaftliche Teilhabe garantiert.

Das Ergebnis kann aber nicht allein, und deshalb nicht allein an Zahlen gemessen werden, also wie viele Arbeitsplätze wird es zusätzlich geben, netto 1.000 sind ja versprochen, sondern es kommt auch auf die Qualität dieser Arbeitsplätze an. Klar ist, dass beschäftigungspolitische Maßnahmen eine Vielzahl von Themen umfassen.

Da geht es nicht darum, und ich gehe davon aus, dass das ja auch nicht die Absicht der Regierung ist, sozusagen in der öffentlichen Verwaltung einen Puffer dafür zu schaffen, sondern es geht darum, eine moderne Beschäftigungspolitik zu machen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eben für das Entstehen von Arbeitsplätzen, für das Halten von Arbeitsplätzen förderlich sind. Das sind Infrastrukturmaßnahmen, Verkehrsmaßnahmen, Digitalisierungsoffensiven, genauso wie die finanzielle und bürokratische Entlastung der Unternehmer und der Gemeinden.

Als Grundlage für eine langfristig erfolgreiche Beschäftigungspolitik sehen wir aber auch natürlich die Bildungsfrage und die Bildungspolitik. Ich glaube, dass es wichtig und notwendig ist, dass man den Rahmen gibt, dass unsere Kinder und Jugendlichen die richtigen Instrumente für ihre Zukunft in die Hand bekommen, dass sie auch konkurrenzfähig sind, wenn sie einmal in das Arbeitsleben eintreten wollen.

Daher steht hierbei für uns neben der verstärkten Förderung einer praxisorientierten Ausbildung im Berufsbildungssystem, auch ganz besonders die Sprachkompetenz im Vordergrund. Also eine Fremdsprache zu lernen ist etwas ganz, ganz Wesentliches und hier insbesondere Englisch. Da sollten wir noch mehr Wert auf diese Ausbildung legen.

Es geht nicht darum, und das habe ich das letzte Mal schon gesagt, darüber zu streiten, wer jetzt die Lehrer anstellen darf oder nicht anstellen darf. Ich habe vorige Woche gesagt, wir sind eine andere Opposition, eine neue Opposition, eine Opposition, die das Burgenland ganz sicherlich nicht schlechteden wird. Da können Sie ganz sicher sein, im Gegenteil.

Eine starke Opposition, die nicht nur die notwendige Kontrolle in den Mittelpunkt der Arbeit stellt, sondern auch deutlich machen wird, dass wir einen positiven Plan für die Zukunft des Landes zeichnen können, einen besseren Plan für das Burgenland.

Wir wollen und werden als Opposition alles tun, um auch dazu beizutragen, dass sich das Burgenland positiv entwickelt und dass es den Menschen im Burgenland gut geht. Wir wollen natürlich auch unsere Ideen einbringen und sie mit den anderen im Landtag vertretenen Parteien diskutieren.

Wir wollen auch dazu beitragen, eine echte parlamentarische Diskussionskultur zu entwickeln und zu haben und zu stärken, damit der Landtag nicht eine Abstimmungsmaschine oder Ähnliches der Regierung wird. Aber ich glaube, das ist ja auch im Sinne aller Anwesenden hier im Saal.

Wir wollen mit den Vorschlägen der anderen Parteien, ob es jetzt andere Oppositionsparteien sind, ob es Regierungsparteien sind, in jedem Fall respektvoll umgehen und nicht von vornherein sagen, nein, wir sind dagegen, weil die Idee nicht von uns ist, sondern wir wollen darüber ernsthaft reden.

Das wünschen wir uns natürlich auch im umgekehrten Fall. Sie haben ins Koalitionsabkommen hineingeschrieben, das ist der allerletzte Satz dieses Abkommens, die beiden Regierungspartner werden auf Basis des Regierungsprogramms den Dialog mit allen im Landtag vertretenen Parteien suchen. Dieses Angebot zum Dialog nehmen wir gerne an, auch wenn der erste Gesetzesantrag ein bisschen das Gegenteil signalisiert.

Aber trotzdem, wir nehmen diesen Dialog gerne an. Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit dem Burgenland und auch ernst meinen mit der Zusammenarbeit, dann kann ich Ihnen sagen, wir von der Volkspartei nehmen es ernst. Und - wenn ich mich so umschaue - dann kann ich Ihnen sagen, wir helfen Ihnen gerne dabei. Wenn ich so durch die Reihen schaue, wer sonst soll Ihnen helfen?

In diesem Sinne, glaube ich, dass wir eine spannende Legislaturperiode vor uns haben, dass wir viel diskutieren werden, manchmal auch streiten werden.

Meine Damen und Herren, ich wünsche dem Burgenland natürlich auch in den kommenden Jahren alles Gute. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Danke. Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 31. Mai haben die Wählerinnen und Wähler entschieden. Wir nehmen dieses Wahlergebnis sehr, sehr ernst. Wir haben auch dieses Wahlergebnis verstanden und haben auch zwei Schlüsse daraus gezogen.

Nämlich Erstens: Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben dafür gesorgt, dass wir 42 Prozent am Wahlabend verzeichnen durften und damit verbunden ist ein klarer Regierungsauftrag.

Zweitens: Es gibt den deutlichen Wunsch zu Veränderung. Diesen Veränderungswunsch dürfen wir auch nicht ignorieren.

Nachdem ich die ÖVP kenne, die damals kein Bekenntnis zur Zusammenarbeit geben wollte, haben wir sehr, sehr intensiv mit den Freiheitlichen über ein Regierungsprogramm verhandelt. Dieses Regierungsprogramm ist doppelt so umfangreich wie jenes, das wir in der letzten Legislaturperiode mit der ÖVP vereinbart haben.

Die heutige Regierungserklärung dient ja auch dazu, viele Details, die wir damals auch besprochen haben, zu erläutern. Entscheidend ist aber die Qualität dieses Arbeitsübereinkommens. Das Ziel ist klar, die Regierungsarbeit im Burgenland soll schneller, besser und vor allem effizienter werden. Daran werden wir sehr, sehr stark arbeiten.

Was sind die entscheidenden Herausforderungen für unser Heimatland Burgenland? Die Antwort auf diese Frage finden Sie in diesem Regierungsübereinkommen über 38 Seiten. Manchmal durchaus sehr ambitioniert, aber

genau da wollen wir hin. Wir wollen besser sein als die anderen Bundesländer. Das Herzstück bilden die Themen Arbeit, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum.

Das ist das Herzstück dieser Regierungszusammenarbeit mit dem Ziel, 1.000 neue, nämlich netto, neue Arbeitsplätze für unser Heimatland Burgenland zu schaffen. Da haben wir auch klare Maßnahmen fixiert. Beispielsweise das Bestbieterprinzip, das das Billigstbieterprinzip ablösen soll, um eben hier mehr Fairness am Arbeitsmarkt zu erzeugen.

Wir wollen einen Bonus-Malus-Fonds für die Bereiche der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der jüngeren, der Lehrlinge, erreichen. Wir wollen die Lehrwerkstätten ausbauen, wir wollen sie absichern und wir wollen den Stellenwert der Facharbeiterausbildung deutlich heben.

Wir wollen, dass das Burgenland zum Land der Meister wird. Wir wollen aber vor allem den Kampf gegen das Lohn- und Sozialdumping vorantreiben. Wir wollen einen deutlichen Bürokratieabbau erreichen, um unseren Betrieben auch den Rücken zu stärken.

Ein weiterer ganz wichtiger Bereich ist der Bildungsbereich. Auch hier gibt es viele, viele Ideen, die wir umsetzen wollen. Wir wollen eine moderne Bildungsdirektion, wir wollen aber auch den Landesschulratsvizepräsidenten abschaffen. Ein klassischer Proporzposten, der nicht mehr zeitgemäß ist. Damit sorgen wir, dass mehr Geld in die Klassenzimmer und weniger in die Verwaltung fließt.

Ich glaube, auch ein sehr wichtiges Signal, dass hier diese neue Regierung an die Bevölkerung aussendet. Wir haben aber weitere Impulse im Bildungswesen formuliert, die wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen werden, nämlich den Ausbau der ganzjährigen Schulformen. Wir wollen eine Qualitätsoffensive in unseren Schülerheimen erreichen, wir wollen den Gratiskindergarten natürlich weiter führen, oder auch die Neue Mittelschule flächendeckend ausbauen.

Auch in anderen Zukunftsbereichen hat die Landesregierung eine Vorrangregelung, wenn man so will, für burgenländische Interessen vereinbart, wie in der Gesundheit, wie beispielsweise beim Krankenhaus Oberwart. Das wird natürlich gebaut, wie geplant, natürlich mit dem Bestbieterprinzip. Das ist die größte Investition in der Geschichte des Burgenlandes und ein Meilenstein in der Gesundheitsvorsorge, ja ein starker Impuls auch für die heimische Wirtschaft, die natürlich hier vom Neubau deutlich profitieren soll.

Meine Damen, meine Herren! Diese Regierung bekennt sich auch zur Standortgarantie. Dass diese Garantie ganz wichtig ist, haben die letzten Wochen gezeigt. Denn die Idee der ÖVP, dass zwei Spitäler im Burgenland reichen sollten, ist keine gute Idee. Denn, wenn es nach der ÖVP gehen sollte, würden offensichtlich Kittsee, Oberpullendorf und Güssing geschlossen werden. Daher ist diese Standortgarantie, die diese Regierung abgegeben hat, ganz wichtig. *(Unruhe und Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Von der Sozialdemokratie ein klares Nein zum Schließen von Spitälern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Diese Regierung hat aber auch ein Zukunftspaket geschnürt. Wir werden, alle Investitionen zusammengerechnet, bis zum Jahr 2020 2,8 Milliarden Euro investieren. Hier auch ein Schwerpunkt im Mittel- und Südburgenland, das uns auch besonders wichtig ist. Nicht spalten und auseinanderdividieren, sondern das Miteinander im Interesse aller Burgenländerinnen und Burgenländer, egal ob man im Südburgenland, im mittleren oder im Nordburgenland wohnt, das ist unser Ziel. *(Abg. Walter Temmel: Wie viel Geld?)*

Das habe ich ja schon gesagt, Sie müssen nur zuhören, Herr Kollege. Ich habe vorher gesagt, bis 2020 werden um 2,8 Millionen Euro, mehr im mittleren und Südburgenland investiert als im Nordburgenland. Ganz klar ein Bekenntnis zum Südburgenland, das diese Regierung hier abgibt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es hat zu dieser Regierungsbildung auch Kritik gegeben. Wir nehmen diese Kritik natürlich ernst, aber wir halten schon fest, dass vieles von dieser Kritik unsachlich und auch übertrieben war. Zwei demokratisch gewählte Parteien haben sich entschlossen, eine Koalition zu bilden, nicht mehr, nicht weniger. Das ist es. Diese Regierung legt auch ein klares Bekenntnis zur Solidarität, diese Regierung legt auch ein klares Bekenntnis zur Menschlichkeit, zur kulturellen und sprachlichen Vielfalt. Und diese Regierung legt auch ein klares Bekenntnis zum Miteinander der Volksgruppen, der Konfessionen, ab. Das wurde von den Kritikern meistens verschwiegen und ignoriert.

Geschätzte Damen und Herren, wenn man so die Wortmeldungen verfolgt, die heute bei der Debatte hier geäußert wurden, dann kann ich nur sagen, die Liste Burgenland hat das sehr fair angelegt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Paktpartner!)* Sie hat gesagt, wir lassen die Regierung einmal arbeiten und bewerten sie nach ihren Taten. Das finde ich fair und das sollte, glaube ich, für das gesamte Hohe Haus gelten. Sie gehen sogar einen Schritt weiter. Sie haben ein Bekenntnis zur Mitarbeit gegeben. Ich finde es gut, wenn eine Oppositionspartei sagt, wir kontrollieren, wir werden Oppositionspolitik machen dort, wo es notwendig ist, aber unterm Strich bieten wir auch an, dass wir mitarbeiten bei dem einen oder anderen Thema, das uns besonders wichtig ist.

Die Grünen kritisieren heute das Übereinkommen. Ich verstehe das schon, wenn man die Rede vorher schreibt und dann plötzlich merkt, dass viele Themen heute angesprochen werden. Die Regierungsdebatte und die Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes dienen genau dazu, um viele Dinge natürlich noch zu sagen, die Sie heute hier vermisst haben und angesprochen haben.

Aber ich glaube, man darf trotzdem hier nicht unfair sein. Wenn Sie sich über unsere Frauen Sorgen machen, dann darf ich Sie beruhigen, Sie brauchen sich keine Sorgen über unsere Frauen machen. Sie sollten sich eher Sorgen machen über Ihre Frau in Wien, die ja im Oktober eine Wahl schlagen muss. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)* Da sollten Sie sich eher Sorgen machen! Über unsere Frauen brauchen Sie sich keine Sorgen machen, da kann ich Sie wirklich beruhigen.

Der Kollege Steiner hat einen Strategiewechsel vollzogen. Es war schön zu sehen, wie man die Rolle wechselt von der letzten Landtagsitzung in die heutige, ist auch legitim. Ich halte das auch positiv. Aber, Herr Kollege Steiner, manchmal ist ein Theaterstück auch anspruchsvoll und muss auch vielleicht einige Zeit wirken. Dann schauen wir uns das an, wie man damit umgeht. Ich sehe das ganz entspannt. Was etwas eigenartig war, Sie kritisieren hier, dass kein Bekenntnis zur Wirtschaftspolitik gegeben ist, was natürlich nicht stimmt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das habe ich nicht gesagt!)* Sie haben die Wirtschaftsimpulse gerade sehr kritisch begutachtet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das habe ich nicht gesagt!)* Ich frage mich, wo waren Sie die letzten Jahre? Waren Sie die letzten Jahre nicht anwesend? So schlecht ist das nicht gelaufen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe das nicht gesagt!)* Doch das haben Sie gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das sind alles Dinge, die ich nicht gesagt habe!)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf sagen, Rot-Blau wird nicht alles anders, aber vieles besser, vieles mutiger, vieles innovativer machen.

Davon bin ich fest überzeugt. Wir stellen das Verbindende vor das Trennende und das soll auch diese Regierungsarbeit prägen in den nächsten fünf Jahren.

SPÖ und FPÖ werden zielorientiert und zügig das vereinbarte Koalitionsabkommen abarbeiten. Klar ist auch, dass Fundamentalopposition niemandem nützt, keiner Burgenländerin, keinem Burgenländer. Daher spreche ich die Einladung heute nochmals aus, gemeinsam für unser Heimatland Burgenland zu arbeiten. Dafür sind wir gewählt worden, wir sind Volksvertreter. Die Menschen wollen auch, dass wir für unser Heimatland Burgenland arbeiten.

Lassen Sie uns das gemeinsam tun, für unser großartiges Heimatland! (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

**Präsident Christian Illiedits:** Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

**Abgeordneter Gerhard Steier:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben in der Regierungserklärung vernommen, welche Vorhaben, welche Zielsetzungen, die neue rot-blaue Koalition hat, und wir nehmen die Botschaft sehr wohl wahr. Und wie es vorhin schon ein paarmal ausgedrückt wurde, wir werden an den Taten auch sehen, was umgesetzt, wie es umgesetzt und wann es umgesetzt wurde, was heute hier versprochen wurde. Tatsache ist, dass mit den Zielsetzungen schneller, besser, effizienter hoffentlich nicht das olympische Prinzip gewählt wurde, sondern dass wirklich eine Zielsetzung hier benannt wird, die im Grunde genommen auch für die Bevölkerung - und die ist der wichtigste Ansprechpartner - die entsprechenden Resultate bringen wird.

Ich möchte meine Wortmeldung auf zwei Punkte reduzieren, die mir äußerst wichtig erscheinen und festhalten, wo das Burgenland der Schuh drückt beziehungsweise wo sich ihre Ansätze auch meiner Ansicht nach klar und deutlich in den Zahlen ausdrücken.

Der Herr Landeshauptmann hat bei der konstituierenden Sitzung in seiner Antrittsrede gemeint, europaweit gibt es eine 15-prozentige, österreichweit eine zehnprozentige und im Burgenland eine siebenprozentige Armutsgefährdung. In der Zahl prozentuell ausgedrückt, wenn es dann noch festgehalten wird, nur sieben Prozent, steht demgegenüber eine Personenzahl von fast 20.000 Personen.

Ich glaube, hier ist das Gleichnis, hier ist die Festhaltung auch auf den Punkt gebracht. Fast 20.000 Menschen in unserem Bundesland sind armutsgefährdet. Daher gilt alle Bestrebung meiner Ansicht nach dieser Koalition, hier den Hebel anzusetzen, und es nicht an der Zahl 486 Millionen für Soziales und Gesundheit auszudrücken, sondern dieses soziale Problem ist vordergründig und gehört meiner Ansicht nach eindringlich gelöst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine weitere Zahl, um zu charakterisieren, wo in diesem Land das wahre Problem gekennzeichnet ist, 8.636 Personen waren mit Ende Juni arbeitslos gemeldet. 8.636 Personen, die nicht nur in psychischer Hinsicht, sondern rein von ihrer persönlichen Charakterisierung und von allem Lebensumfeld abgeschnitten, plötzlich in eine Arbeitslosigkeit fallen, denen gilt und muss die politische Verantwortung gelten. Hier muss entsprechend der Hebel angesetzt werden und nicht in anderen sprachlichen Zielsetzungen gehört hier festgehalten.

Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Regierungserklärung eine Formulierung gewählt, die ich um etwas verändert, dann auch wiedergeben möchte. Freiwilligkeit ist der Wärmestrom unserer Gesellschaft. Ich glaube, die Formulierung hätte richtig gelautet, Nächstenliebe, Menschlichkeit, das sind die Wärmeströme in unserer Gesellschaft, die

Not tun und die im Grunde genommen die wichtigsten Voraussetzungen für eine soziale, transparente, offene Politik darstellen.

Wenn heute zum Dritten ein paarmal darüber gesprochen wurde, dass wir in dieser Regierungsverantwortung, im Umgang mit den finanziellen Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen, sparsamer werden, dann möchte ich eines festhalten, es gibt auch das Prinzip der Erweiterung von Personen in der Landesregierung. Durch die Neuinstallation dieser Koalition werden innerhalb der Regierung, sprich auf FPÖ-Seite, neue Personen aufgenommen, in den Dienst gestellt. Nur damit wir auch klar und deutlich festhalten, dass es nicht immer dieses Sparsamkeitsprinzip, sondern das Erweiterungsprinzip gibt.

An diesen Tatsachen werden auch Sie gemessen werden, wie Sie es handhaben und wo Sie hier Ihre Schwerpunkte kennzeichnen, weil es wichtig ist, der Bevölkerung gegenüber nicht nur von Transparenz zu reden, sondern sie auch entsprechend zu leben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiterer Punkt, der nicht nur mir, sondern wahrscheinlich vielen aufgefallen ist, in der Darstellung nach der Erklärung bei der konstituierenden Sitzung, war die Festhaltung des Herrn Landeshauptmannes bezogen auf „Politik braucht Macht“. Es gibt, wie wir alle wissen, verschiedenste Auslegungen dessen, was Macht bedeutet.

In Wirklichkeit ist es in meiner Definition nicht das Prinzip Herrschaft, sondern es ist Kompetenz. Es ist Verantwortung, mit den Menschen, mit seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern umzugehen, und das ist die Zielsetzung, die es gilt, auch entsprechend qualifiziert für unser Bundesland, für unser Heimatland zu gewährleisten. *(Beifall bei der ÖVP und bei den Grünen)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

**Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine Replik auf das Gesagte vom Kollegen Kovasits. Herr Kollege, Sie haben gemeint, die heute eingelaufene Gesetzesänderung Einsparung des Vizepräsidenten würde Millionen bringen. Sie selbst haben wahrscheinlich auch den Antrag unterschrieben, wo das Landesbezügegesetz geändert wird.

Geschätzter Kollege, da werden Sie sehr rasch fündig sein und fündig werden, dass dem nicht Millionen entgegensprechen, sondern natürlich eine ganz andere Summe.

Tatsache ist, dass schon seit langer Zeit und immer wieder darüber diskutiert wird, ob ein Vizepräsident notwendig ist. Ich kann den Herrn Landeshauptmann als Kronzeugen aufrufen, der erst unlängst bei einer Anfragebeantwortung, wo genau die Freiheitlichen das gefragt haben, auch darauf hingewiesen hat, dass es natürlich gute Gründe gibt, einen Vizepräsidenten zu haben, nämlich Transparenzgründe, Kontrolle, Einsichtnahme in Akten. Und wenn man das als geringfügig erachtet, dann möchte ich nur sagen, jeder, der diese Regierungsvorlage liest, der kann auch sagen, jeder Abgeordnete hat geringfügige Befugnisse und ist dementsprechend unnötig und könnte abgeschafft werden.

Denn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Sie das vielleicht noch nicht ganz nachgelesen oder kontrolliert haben, das genau sind die Rechte der politischen Kontrolle, das genau ist Oppositionsarbeit, das genau ist eben die Rolle eines Vizepräsidenten: Zu kontrollieren und dafür zu sorgen, dass niemand unter die Räder kommt oder seine Amtsgewalt missbraucht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Im Übrigen möchte ich mich für die Richtigstellung bedanken, die hier heute erfolgt ist, dass natürlich nicht die böse, böse Innenministerin, die der ÖVP zugehörig ist, diesen Einsatz und diese indirekten Grenzkontrollen verhindert hat, sondern das, was der Kollege Kovasits hier zu Protokoll gegeben hat, die Tatsache, dass die Polizei mit anderen Aufgaben eingedeckt war.

Sehr geehrter Kollege Kölly! Das möchte ich nur anmerken, auch wenn er nicht im Raum ist. Sich hier her zu stellen und zu sagen, man nimmt Anregungen und Ideen auf und man kontrolliert die Regierung an Hand ihrer Taten, ja, das werden wir alle tun. Wir alle sind aufgefordert, natürlich niemanden vorzuverurteilen. Wir alle sind aufgefordert, das, was auf dem Tisch liegt, zu beurteilen. Aber Sie, Herr Kollege Kölly und Herr Kollege Hutter, Sie haben dieser Regierung einen Vertrauensvorschuss gegeben, das ist etwas anderes, und das möchte ich hier deutlich sagen, das ist ein Unterschied zu den Oppositionsparteien ÖVP und Grüne.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde vom Kollegen Hergovich angesprochen, dass die ÖVP vorgeschlagen hat, es solle nur mehr zwei Krankenhäuser im Land geben. Kollege Hergovich, das ist nicht richtig.

Tatsache ist, dass die Kollegin Resetar darüber gesprochen hat, dass es zwei echte Schwerpunktkrankenhäuser braucht und ein weiteres, flächendeckendes Angebot im ganzen Land. Wenn Sie mich fragen, ist das ein Mehr an Angebot, ist das eine Erweiterung des bestehenden Angebotes, denn derzeit gibt es nicht in jedem Bezirk ein Krankenhaus. (*Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ – Abg. Edith Sack: Das stimmt nicht.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend eines sagen - völlig unaufgeregt. Der Vorschlag, Ideen anzunehmen, zu diskutieren, sich aktiv einzubringen, ist das eine. Diesen Vorschlag, das hat Kollege Steiner gesagt, den nehmen wir sehr gerne an.

Tatsache ist aber, dass der erste Initiativantrag, der gekommen ist, den die Abgeordneten der neuen Regierung jetzt eingebracht haben, genau das Gegenteil bedeutet. Denn die Entfernung aus Beiräten und aus Diskussionsrunden, denn ein Beirat ist kein Entscheidungsgremium, bedingt eben genau das Gegenteil. Das möchte ich nur hier eindeutig gesagt haben, auch wenn ich nochmals für uns festhalte, für jede Diskussion, für jede Abänderung, sind wir jederzeit gesprächsbereit. (*Beifall bei der ÖVP*)

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Aus meiner Sicht ist diese Sitzung sehr konstruktiv abgelaufen. Größtenteils hat es positive Wortmeldungen gegeben. Es ist in Ordnung, wenn natürlich die Opposition auch etwas Negatives erkennen kann und man kann schon bei manchen Wortmeldungen erkennen, dass es definitiv eine neue Landesregierung gibt - mit Mut, mit Attraktivität, mit Vorausblick, mit lösungsorientiertem Handeln. Herr Kollege Kölly hat ja gesagt es ist freier geworden in diesem Land oder es wird freier in diesem Land. Das hat ein Oppositionspolitiker jetzt gesagt und nicht jemand seitens der Regierungspartei. (*Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP*) Zur Grenzkontrolle, Herr Abgeordneter, komme ich auch noch.

Was mich ein bisschen stört, ist die Ansage der grünen Mandatäre oder der grünen Mandatarin, die davon spricht, dass die Freiheitliche Partei inkompetent ist und ich habe das heute gelesen, und natürlich verbal irrsinnig darauf losschlägt.

Frau Abgeordnete! Ich hoffe, Sie können sich noch erinnern, wie Sie zu mir in den Klub gekommen sind, die grüne Chefin ist in den FPÖ-Klub gekommen und hat um Rat gebeten, wie man im Rechnungshof agieren sollte, wie man sich insgesamt verhalten soll, wie Anträge vielleicht gemacht werden. Das war die grüne Abgeordnete, die jetzt von Inkompetenz der Freiheitlichen Partei spricht.

Ich glaube, dass das nicht in Ordnung ist, Frau Abgeordnete, und ich glaube auch, dass es nicht in Ordnung ist, wenn Ihr Kollege bei der konstituierenden Sitzung mit einer neuartigen Straßenbekleidung die konstituierende Sitzung besucht, alle anderen haben Anstand, haben wirklich vor dem Hohen Haus, genießen Wertschätzung, und Ihr Kollege kommt irgendwie daher mit einem „Hemderl“ und mit einem „Hoserl“ ohne Gürtel, ohne allen möglichen, also ich würde Sie schon bitten, auch ein bisschen dem Hohen Haus mehr Wertschätzung zu geben, auch wenn Sie bei der Grünen Partei sind, das meine ich wirklich ernst.

Zur heutigen Sitzung. Zur heutigen Sitzung, ja, da gebe ich dem Herrn Abgeordneten Steier schon Recht, dass vielmehr für die Armutsbekämpfung getan werden muss. Aber es sind ja auch 468 Millionen Euro vorgesehen und das Detailprogramm wird noch präsentiert werden. Auch wenn jetzt jeder glaubt, die gesamten Detailprogramme oder im Detail wird jetzt jeder einzelne Punkt heute beleuchtet, da wird man sich wahrscheinlich täuschen.

Ich sage auch, wenn der Herr Abgeordnete Steier - und das gefällt mir auch nicht - sagt er, da gibt es jetzt ein neues Regierungsbüro und da gibt es lauter Neue im Regierungsbüro. Erklären Sie mir bitte, wie soll denn das funktionieren? Mit wem soll ich meine Arbeit machen? Mit lauter Mandatäre der ÖVP oder soll ich mir ein paar Grüne in den Klub holen? (*Heiterkeit in den Reihen*) Sie vergessen auch, wahrscheinlich absichtlich, dass die Büroleiterin jetzt im Büro des Landeshauptmann-Stellvertreters aus der Landesregierung kommt. Das heißt, die kommt nicht von außen, die zusätzlich Geld kostet, sondern die kommt aus dem Land, aus dem Pool, aus dem Personalpool.

Da muss man schon aufpassen, wenn man solche Dinge sagt, denn Sie dürfen auch nicht vergessen, wenn Sie schon jetzt massiv Opposition spielen, dass in der ÖVP, im Klub, vier neue Mitarbeiter sind. Also das dürfen Sie natürlich auch nicht vergessen, nur damit man das auch einmal gesagt hat. Grundsätzlich bin ich aber trotzdem der Meinung, dass dies eine sehr konstruktive Sitzung ist, und es ist in Ordnung, wenn Opposition auch Kritik übt.

Ich glaube auch, dass wir seitens der Regierung auch diese Kritik aufnehmen sollen und auch im Hinblick auf zukünftige Gesetzesanträge oder auf zukünftige Anträge, egal in welcher Art auch immer, bereit sind, das haben wir auch festgelegt, über diese Anträge zu sprechen. Es muss nicht immer alles abgeändert werden, sondern wir sind wirklich bereit, über wirkliche Anträge, wo man erkennen kann, dass das erst gemeint ist und nicht irgendein „Wischi-Waschi“-Antrag an die Bundesregierung ist, dass man populistisch tätig sein kann, dann werden wir uns selbstverständlich zusammensetzen und über diesen Antrag reden.

Abschließend noch zu den Grenzkontrollen. Das kann man jetzt sehen wie man möchte. Aber wenn ich als Landeshauptmann-Stellvertreter nicht die Möglichkeit habe, Grenzkontrollen abzuhalten, (*Landesrätin Mag.a Michaela Resetar: Verkehrskontrollen! – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP*) weil das Wort „Grenzkontrollen“ verwendet wurde und die Innenministerin nicht möchte, dass das Wort „Grenzkontrollen“ vorkommt (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Musst Du Innenminister werden.*), dann ist es natürlich bedenklich, denn ich sage Euch eines: Wenn die Frau Innenministerin wirklich allen Ernstes glaubt,

sie kann Kontrollen im Land machen und kann alle Burgenländer und Österreicher dauernd im Zuge eines Planquadrates kontrollieren und ständig kontrollieren, aber an der Grenze sollte man nicht kontrollieren, vielleicht wirklich so, wie der Kollege Kölly gesagt hat, Kofferraum auf, schauen, ob ein Diebesgut da ist, schauen, warum fährt der ständig oder manchmal über die Grenze. Wenn die Innenministerin nicht bereit ist, nur wegen dem Wort „Grenzkontrollen“ das zuzulassen, denn sie hätte es zugelassen, wenn ich gesagt hätte, „Kontrollen an der Grenze“, dann hätte man es vielleicht schon zugelassen, oder „Verkehrssicherheitskontrollen an der Grenze“.

Ich sage Euch eines, nehmen wir uns an der Nase, wir haben am Montag gesehen, was bei dieser Finanzkontrolle wirklich los war. Da hat man erst typisch gesehen, wie wichtig solche Kontrollen an der Grenze sind. Das hat man definitiv erkennen können.

Daher wird es auch wichtig sein, auch Kontrollen an der Grenze abzuhalten, die mit Kriminalitätsbekämpfung zu tun haben. Das haben wir auch im Koalitionspakt so vereinbart. Das hat sich auch die burgenländische Bevölkerung verdient und das wird die burgenländische Bevölkerung auch gutheißen. Da können Sie ruhig ins Wirtshaus gehen und sagen, wir wollen das nicht, wir wollen lieber, dass die Burgenländer und Österreicher dauernd kontrolliert werden. Wenn das Eure Politik ist, dann soll das Eure Politik sein. *(Abg. Walter Temmel: Lauter Amtspolitik ist das.)* Wir wollen das nicht.

Abschließend noch zu dieser Verschlankung, abschließend noch zum gläsernen Konzern: Wir haben bei der letzten Regierungssitzung beschlossen, dass die Geschäftsordnung nach 46 Jahren erstmals geändert wird. Naja, das hat es unter der ÖVP nicht gegeben. Aber jetzt, die neue Regierung hat diese Geschäftsordnung nach 46 Jahren geändert. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das stimmt nicht. Sie ist öfter geändert worden.)* Das heißt, nicht nur bei der Ressortaufteilung hat es neue Schwerpunkte gegeben, sondern wir haben diese Geschäftsordnung innerhalb von kürzester Zeit der neuen Zeit angepasst. Rasch, effizient, das ist Regierung. *(Beifall bei der SPÖ und bei der FPÖ)*

**Präsident Christian Illedits:** Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass alle Wortmeldungen gemäß der Geschäftsordnung hier vor dem Präsidium beim zuständigen Bediensteten durch einen von einer Partei festgelegten Abgeordneten anzumelden sind. Für die nächste Sitzung bitte vormerken.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE):** Ich wurde jetzt geoutet, ich habe als Landessprecherin tatsächlich mit allen Klubs inhaltlich immer wieder Gespräche geführt. Ich war letztes Jahr im September im FPÖ-Klub, um über unseren Vorschlag zur Asylquartiergewinnung in den Gemeinden zu reden und das vorzustellen.

Mit dem Landes-Rechnungshof habe ich ja nichts zu tun gehabt, das ist der Kollege Spitzmüller, vor mir der Kollege Reimon, das optische Verwechslungspotential ist relativ gering, aber das nur zur Aufklärung, und ich stehe auch dazu. Wir werden in inhaltlichen Punkten mit allen Klubs immer wieder Kontakt haben und schauen, wo man gemeinsame Wege gehen kann, und ich hoffe, das bleibt auch so.

**Präsident Christian Illedits:** Danke Frau Abgeordnete. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Debatte über die Regierungserklärung angelangt.

## **2. Punkt: Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse**

**Präsident Christian Illedits:** Der 2. und letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse.

Hohes Haus! Zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände hat der Landtag gem. § 38 der GeOLT Ausschüsse zu bilden.

Gemäß Artikel 42a L-VG in Verbindung mit § 50a GeOLT hat der Landtag einen Hauptausschuss zu bilden, der aus einem Obmann, einem Obmann-Stellvertreter und der vom Landtag zu bestimmenden Zahl von weiteren Mitgliedern besteht, die jedoch sieben nicht übersteigen darf. Alle Mitglieder des Hauptausschusses werden vom Landtag aus seiner Mitte nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt, wobei jedoch unter Bedachtnahme auf diesen Grundsatz dem Hauptausschuss mindestens ein Mitglied jeder im Landtag vertretenen Partei angehören muss. Auch ist für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied zu wählen.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, der Landtag wolle die Zahl der weiteren Mitglieder mit sieben bestimmen, sodass der Hauptausschuss einschließlich des Obmannes und des Obmann-Stellvertreters aus insgesamt neun Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern bestehen würde. Ich lasse nun darüber abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landtag hat somit einstimmig beschlossen, die Zahl der weiteren Mitglieder im Hauptausschuss mit sieben festzusetzen.

Meine Damen und Herren! In Entsprechung der Bestimmung des Art. 42a Abs. 2 der Burgenländischen Landesverfassung gehören von den insgesamt neun Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Hauptausschusses nach dem Grundsatz der Verhältniswahl drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der SPÖ, drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ, ein Mitglied und ein Ersatzmitglied den Grünen und ein Mitglied und ein Ersatzmitglied der LBL an.

Hohes Haus. Des Weiteren schlage ich vor, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden. Nämlich einen Agarausschuss, einen Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, einen Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss, einen Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss, einen Petitionsausschuss, einen Rechtsausschuss, einen Sozialausschuss, einen Umweltausschuss und einen Wirtschaftsausschuss.

Ebenso schlage ich vor, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder dieser Ausschüsse - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils acht festzulegen.

Weiters schlage ich vor, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit neun festzulegen.

Die Bildung eines Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist in Art. 42b der Burgenländischen Landesverfassung bestimmt.

Außerdem ist die Bildung eines Unvereinbarkeitsausschusses im Burgenländischen Unvereinbarkeitsgesetz aus dem Jahre 1926 vorgesehen und die Bildung eines Immunitätsausschusses im § 51 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages.

Ich lasse nun über meinen Vorschlag, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder dieser Ausschüsse - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils acht und die Zahl der Mitglieder und

Ersatzmitglieder des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit neun festzulegen, abstimmen. Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dieser Vorschlag ist mehrheitlich angenommen.

Dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der SPÖ, drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ, ein Mitglied und ein Ersatzmitglied den Grünen und ein Mitglied und ein Ersatzmitglied der LBL an.

Bei den übrigen ständigen Ausschüssen gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl vier Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der SPÖ, drei Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der ÖVP und ein Mitglied und Ersatzmitglied der FPÖ an.

Entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, wonach die Zuteilung der auf jede Partei entfallenden Anzahl von Obmännern, ihrer Stellvertreter, Schriftführer sowie der Mitglieder durch den Präsidenten des Landtages mittels der Wahlzahl erfolgt, stellt die SPÖ in fünf Ausschüssen, die ÖVP in drei Ausschüssen und die FPÖ in zwei Ausschüssen den Obmann.

Wir kommen nun zur Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Hauptausschusses sowie der übrigen ständigen Ausschüsse.

Die Wahl in die Ausschüsse wird gemäß § 74 Abs. 4 GeOLT fraktionell durchgeführt. Alle Fraktionen haben gehörig unterstützte Wahlvorschläge einbracht.

Daher schlage ich vor, diese Wahl in einem Wahlgang durchzuführen, wobei jede Partei für die von ihr vorgeschlagenen Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder einen Stimmzettel erhält.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Ich ersuche nun, die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen.

**Präsident Christian Illedits** (*nach Verteilung der Stimmzettel*): Die Stimmzettel sind nun verteilt. Bevor ich den Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung der Namensliste ersuche, möchte ich die Entschuldigung des Abgeordneten Kölly vom weiteren Verlauf der Sitzung bekannt geben.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung der Namensliste. Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

*(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Patrik Fazekas hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Brandstätter Kilian, Mag. Drobits Christian, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Hergovich Robert, Hirczy Bernhard, Hutter Gerhard, Illedits Christian, Kovacs Günter, Kovasits Gerhard, Mag. Maczek Kurt, Molnár Géza, Mag.a Petrik Regina, Prohaska Doris, Mag.a Resetar Michaela, Dr. Rezar Peter, Mag. Richter Johann, Rosner Georg, Sack Edith, Mag. Sagartz Christian, Salamon Ingrid, Schneckner Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Stampfel Karin, Mag. Steindl Franz, Mag. Steiner Thomas, Ing. Strommer Rudolf, Temmel Walter, Ulram Markus, Wiesler Markus, Mag. Wolf Christoph und Fazekas Patrik selbst die Stimmzettel in der Wahlurne.)*

**Präsident Christian Illedits:** Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche nun die beiden Schriftführer die Stimmzählung vorzunehmen.

Es wurden 34 Stimmen abgegeben, 34 Stimmen sind gültig. 14 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der SPÖ, 11 gültige Stimmen den Wahlvorschlag der ÖVP, 6 gültige Stimmen den Wahlvorschlag der FPÖ, 2 gültige Stimmen den Wahlvorschlag der Grünen und 1 gültige Stimme den Wahlvorschlag der Liste Burgenland.

Auf Grund dieser Wahl haben die Ausschüsse nun folgende Zusammensetzung:

#### **Hauptausschuss**

Mitglieder:

**ILLEDITS** Christian  
**HERGOVICH** Robert  
**REZAR** Dr. Peter  
**SAGARTZ**, BA Mag. Christian  
**STROMMER** Ing. Rudolf  
**TEMMEL** Walter  
**BENKÖ** Ilse  
**PETRIK** Mag.<sup>a</sup> Regina  
**HUTTER** Gerhard

Ersatzmitglieder:

**SALAMON** Ingrid  
**DROBITS** Mag. Christian  
**SACK** Edith  
**STEINER** Mag. Thomas  
**WOLF**, M.A. Mag. Christoph  
**HIRCZY** Bernhard  
**KOVASITS** Gerhard  
**SPITZMÜLLER** Wolfgang  
**KÖLLY** Manfred

#### **Agrarausschuss**

Mitglieder:

**KOVACS** Günter  
**MACZEK** Mag. Kurt  
**FRIEDL** Werner  
**SODL** Wolfgang  
**TEMMEL** Walter  
**RESETAR** Mag.<sup>a</sup> Michaela  
**STROMMER** Ing. Rudolf  
**STAMPFEL** Karin

Ersatzmitglieder:

**Brandstätter** Killian  
**HERGOVICH** Robert  
**REZAR** Dr. Peter  
**SALAMON** Ingrid  
**ROSNER** Georg  
**HIRCZY** Bernhard  
**SAGARTZ**, BA Mag. Christian  
**RICHTER** Mag. Johann

#### **Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

Mitglieder:

**ILLEDITS** Christian  
**PROHASKA** Doris  
**SODL** Wolfgang  
**SAGARTZ**, BA Mag. Christian  
**STROMMER** Ing. Rudolf

Ersatzmitglieder:

**FRIEDL** Werner  
**DROBITS** Mag. Christian  
**SCHNECKER** Ewald  
**STEINER** Mag. Thomas  
**FAZEKAS** Patrik

**TEM MEL** Walter**KOVASITS** Gerhard**SPITZMÜLLER** Wolfgang**KÖLLY** Manfred**HIRCZY** Bernhard**MOLNÁR** Géza**PETRIK** Mag.<sup>a</sup> Regina**HUTTER** Gerhard**Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss**

Mitglieder:

**SCHNECKER** Ewald**HERGOVICH** Robert**ILLEDITS** Christian**DROBITS** Mag. Christian**WOLF**, M.A. Mag. Christoph**STEINER** Mag. Thomas**ROSNER** Georg**MOLNÁR** Géza

Ersatzmitglieder:

**FRIEDL** Werner**KOVACS** Günter**SACK** Edith**FRIEDL** Klaudia**SAGARTZ**, BA Mag. Christian**STEINDL** Mag. Franz**RESETAR** Mag.<sup>a</sup> Michaela**KOVASITS** Gerhard**Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss**

Mitglieder:

**HERGOVICH** Robert**SACK** Edith**SCHNECKER** Ewald**MACZEK** Mag. Kurt**SAGARTZ**, BA Mag. Christian**RESETAR** Mag.<sup>a</sup> Michaela**STEINDL** Mag. Franz**KOVASITS** Gerhard

Ersatzmitglieder:

**ILLEDITS** Christian**SALAMON** Ingrid**PROHASKA** Doris**REZAR** Dr. Peter**STROMMER** Ing. Rudolf**ULRAM** Markus**ROSNER** Georg**BENKÖ** Ilse**Petitionsausschuss**

Mitglieder:

**SACK** Edith**PROHASKA** Doris**FRIEDL** Werner**MACZEK** Mag. Kurt**HIRCZY** Bernhard**FAZEKAS** Patrik**TEM MEL** Walter**MOLNÁR** Géza

Ersatzmitglieder:

**FRIEDL** Klaudia**KOVACS** Günter**BRANDSTÄTTER** Killian**SODL** Wolfgang**SAGARTZ**, BA Mag. Christian**STEINDL** Mag. Franz**ULRAM** Markus**WIESLER** Markus**Rechtsausschuss**

Mitglieder:

**REZAR** Dr. Peter  
**HERGOVICH** Robert  
**ROHASKA** Doris  
**DROBITS** Mag. Christian  
**STEINER** Mag. Thomas  
**SAGARTZ**, BA Mag. Christian  
**WOLF**, M.A. Mag. Christoph  
**KOVASITS** Gerhard

Ersatzmitglieder:

**FRIEDL** Klaudia  
**MACZEK** Mag. Kurt  
**SCHNECKER** Ewald  
**SODL** Wolfgang  
**TEMME** Walter  
**FAZEKAS** Patrik  
**STROMMER** Ing. Rudolf  
**BENKÖ** Ilse

#### **Sozialausschuss**

Mitglieder:

**SACK** Edith  
**SALAMON** Ingrid  
**DROBITS** Mag. Christian  
**KOVACS** Günter  
**FAZEKAS** Patrik  
**HIRCZY** Bernhard  
**ROSNER** Georg  
**WIESLER** Markus

Ersatzmitglieder:

**BRANDSTÄTTER** Killian  
**FRIEDL** Werner  
**HERGOVICH** Robert  
**FRIEDL** Klaudia  
**SAGARTZ**, BA Mag. Christian  
**TEMME** Walter  
**STROMMER** Ing. Rudolf  
**BENKÖ** Ilse

#### **Umweltausschuss**

Mitglieder:

**SALAMON** Ingrid  
**FRIEDL** Klaudia  
**FRIEDL** Werner  
**BRANDSTÄTTER** Killian  
**HIRCZY** Bernhard  
**ULRAM** Markus  
**ROSNER** Georg  
**STAMPFEL** Karin

Ersatzmitglieder:

**ILLEDITS** Christian  
**MACZEK** Mag. Kurt  
**PROHASKA** Doris  
**SODL** Wolfgang  
**STEINDL** Mag. Franz  
**SAGARTZ**, BA Mag. Christian  
**FAZEKAS** Patrik  
**RICHTER** Mag. Johann

#### **Wirtschaftsausschuss**

Mitglieder:

**DROBITS** Mag. Christian  
**SALAMON** Ingrid  
**FRIEDL** Klaudia  
**SODL** Wolfgang

Ersatzmitglieder:

**SACK** Edith  
**SCHNECKER** Ewald  
**HERGOVICH** Robert  
**REZAR** Dr. Peter

**STEINER** Mag. Thomas

**STEINDL** Mag. Franz

**RESETAR** Mag.<sup>a</sup> Michaela

**RICHTER** Mag. Johann

**ULRAM** Markus

**WOLF**, M.A. Mag. Christoph

**SAGARTZ**, BA Mag. Christian

**STAMPFEL** Karin

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 2, Beilage 2 weise ich dem Rechtsausschuss und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 3, Beilage 3, Zahl 21 - 4, Beilage 4 und Zahl 21 - 5, Beilage 5, weise ich dem Rechtsausschuss

und das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt, Zahl 21 - 1, Beilage 1 weise ich dem Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings darauf aufmerksam machen, dass die nächste Sitzung des Landtages für Dienstag, den 21. Juli 2015, vorgesehen ist.

Außerdem finden am Freitag, den 17. Juli 2015, um 10.00 Uhr die konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse statt.

Ich erkläre damit die heutige Sitzung für **g e s c h l o s s e n** und die Sitzung für beendet.

**Ende der Sitzung: 13 Uhr 38 Minuten**